

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zelcher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inzerate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 15.

Sonnabend, den 9. April 1910.

14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Baugewaltigen spielen va banque. — Der 8. Kongress des Italienischen Bauarbeiterverbandes. (Schluß.) — Die Lohnbewegung im Gottliebatal. — Wir bitten gehorsamst! — Der 8. Verbandstag der Steinseher. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — Zur Beachtung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Anträge zur 4. Generalversammlung in Eisenach. — Abrechnung der Hauptkasse. — Literarisches. — Korrespondenzen.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperit find: Stiebig bei Bauen: Pflastersteinwert Fachmann. — Wildemann; Gebrüder Sieghelm. — Allagen (Westf.): Dassel. — Altstadt-Waldenburg; Grabsteingeschäft P. Eichler. — Stettin: Grabsteingeschäft Dittmann.

Königsutter. Die Kollegen stehen in Lohnbewegung. Die Unternehmer verweigern die Erneuerung des Tarifs. Sie wollen auch den Lohn reduzieren.

Riel. Der Tarif für die Granitarbeiter wurde ohne Abänderung bis 1911 verlängert.

Reichenbach. Mit den Granitfirmen Grieshammer und Kindinger konnte ein neuer, verbesserter Tarif abgeschlossen werden.

Sangelshelm. Die Tarifverhandlungen sind bis jetzt resultatlos verlaufen. — Die reisenden Kollegen wollen dieses beachten.

Sielefeld. Bei der Sandsteinfirma Georg Kronenberger sind Differenzen ausgebrochen.

Seuchal. Die Kollegen bei der Firma Preißer haben am Sonnabend einmütig die Kündigung eingereicht. Zugang ist fernzuhalten.

Dortmund. Die Westd. Marmor- und Granit-Werke versuchen fremde Kollegen in ihre Betriebe zu ziehen, um Mißliebige zu entfernen. Arbeitssuchende werden dringend ersucht, Dortmund bis auf weiteres zu meiden.

Verdingen. Die Firma Treutle hält den Tarif nicht ein. Die Firma ist gesperrt.

Strehlen. Die Firma Schall hat den Pflastersteinmachern eine Lohnzulage gewährt.

Brandenburg. Durch gütliche Vereinbarung wurde der Stundenlohn um 2 Pfg. erhöht.

Regensburg. Bei der Firma Lochner sind Differenzen ausgebrochen. Die Granitarbeiter mögen Zugang fernhalten.

Berlin. Die Sandstein- und Marmorarbeiter stehen in Lohnbewegung. Zugang ist fernzuhalten.

Münsterberg. Die Sandsteinarbeiter stehen in einer Lohnbewegung. Zugang ist zu vermeiden, denn die Situation ist eine sehr ernste zu nennen.

Wöran. Bei der Firma Kumpf sind 42 Kollegen der Granitbranche in den Ausstand getreten. Die Firma will den Tarif nicht anerkennen.

Sittchenbach (Baden). Die Firma Cereghette, welche zum Baseler Bahnhofsbau die Steinmearbeiten übernommen hat, ist gesperrt.

Kottwendorf im Gottliebatal. Bei der Firma Fiedler haben am 26. März etwa 100 Sandsteinbrecher die Arbeit eingestellt. Die Arbeitszeit sollte durch eine Verlausulierung verlängert werden.

Mittweida. Mit der Granit-Aktiengesellschaft wurde eine Einigung erzielt. Die Firma Peterschütz weigert sich, den Tarif anzuerkennen.

Madweiler (Elsas). Die Firma Kauscher & Co. sucht tüchtige Steinmehnen. Die Firma mag die einheimischen Steinmehnen besser bezahlen, dann braucht sie keine Inzerate zu erlassen.

Hannover. Der Tarif für die Sandsteinarbeiter wurde bis 1911 verlängert. Der Stundenlohn ist um 3 Pfg. erhöht worden. Alle Geschäfte haben unterzeichnet.

Rüders. Nach gegenseitiger Vereinbarung sollte der Tarif um ein Jahr weiterlaufen. Nun will aber die Firma Feidler von den Prozentzuschlägen abzwachen. Zugang ist fernzuhalten.

Oesterreich. Zugang ist fernzuhalten nach: Ofegg, Klagenfurt, Olmütz, Höfelsdorf, Freistadt, Blöding, Pulgarn, Friedeberg, Budapest und Temesvar.

Die Baugewaltigen spielen va banque.

Die Situation im Baugewerbe ist eine sehr ernste geworden. In Dresden gaben sich kürzlich die Baugewaltigen ein Stellbischen und die Herren Ende-Leipzig, Fellermeier-München usw. schlugen gar seltsame Töne an. Herr Fellermeier forderte ein ener-

gisches Vorgehen gegenüber den Bauarbeitern, und stürmischer Beifall wurde seinem phrasenhaften Geschwätz gezollt. — Empört war man in Dresden darüber, daß bei der ganzen Aktion die Hamburger und Berliner nicht mitmachen wollen. Dieses ist für die Unternehmer bitter, die Arbeiter haben dadurch an Chancen ohne weiteres gewonnen. — Aber trotzdem haben sich in Dresden die Herren auf das Vertragsmuster geeinigt; die vorgenommenen Korrekturen sind unbedeutend.

Sehen wir von den weniger bedeutenden Streitpunkten in diesem neuen Wunschzettel des Arbeitgeberbundes ab, so ergeben sich folgende Differenzen:

Die Unternehmer fordern den zentralen Abschluß aller Verträge, die Arbeiter wollen die Verträge wie bisher durch die örtlichen Organisationen abgeschlossen wissen. Der Arbeitgeberbund führt für seine Forderung ins Feld, daß der Abschluß durch die Zentralorganisationen für die strenge Durchführung der Verträge unentbehrlich sei. Die örtlichen Organisationen seien zu schwach und zu vergänglich, um den sicheren Bestand eines ruhigen Arbeitsverhältnisses zu verbürgen. Dieser Schluß übersieht völlig die Praxis. Es gibt natürlich örtliche Organisationen, die zur Durchführung des Vertrags zu schwach sind, wie z. B. der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Siegerland, der im vorigen Jahre nicht vermochte, seine Mitglieder zur Beachtung des Vertrags zu bestimmen. Solche Fälle können vorkommen. Es fragt sich aber nur, ob der zentrale Abschluß ihnen vorbeugt. Das tut er eben nicht und kann er nicht; denn keine Zentralorganisation hat das Recht oder die Macht, einer widerstrebenden Minderheit ihren Willen aufzuzwingen, wenn diese Minderheit aus der Organisation ausscheidet. Dagegen liegt die Gefahr des Versagens der örtlichen Organisationen bei der Durchführung des Vertrags um so näher, wenn der Vertrag nicht aus den örtlichen Bedürfnissen entstanden ist, sondern von einer Zentralstelle verordnet worden ist. Wenn örtliche Organisationen aus sich heraus zu Verträgen kommen, dann sind sie auch so weit entwickelt, daß sie die Gewähr für deren Durchführung bieten. Bei den Vertragsabschlüssen der letzten Jahre ist es mehrfach vorgekommen, daß Orte Tarifverträge erhielten, wo den Organisationen noch jede Vorbildung dazu fehlte. Das war die Folge des summarischen Verfahrens, wo an einer Stelle für hundert und mehr Orte verhandelt wurde. Gerade bei einem solchen Verfahren läuft man Gefahr, Verträge zu bekommen, deren Durchführung sehr fraglich ist. Die Gründe der Unternehmer halten also nicht stand, sobald man sie an der Hand der Praxis prüft. Die Arbeiter fordern den örtlichen Vertragsabschluß, weil es das natürlichste ist, wenn die Organisationen Träger des Vertrags sind, denen die praktische Durchführung obliegt.

Die Unternehmer fordern die Vereinbarung von Durchschnitts- und Staffellohnen, die Arbeiter wollen an der bisherigen Form der Lohnnormierung, am Mindestlohn, festhalten. Es hieße Worte verschwenden, wollte man nachweisen, warum die Arbeiter Mindestlöhne fordern müssen. Sie widerstreben all diesen Forderungen der Unternehmer, mögen sie nun auf Durchschnitts- und Staffellohne oder auf die Einfügung solcher relativer Begriffe wie „tüchtig“ und „geübt“ gerichtet sein, weil dahinter nichts anderes steckt, als die Absicht, die Lohnfestsetzung der Willkür des Unternehmers zu überantworten. Was den Tarifvertrag der Arbeiterschaft sympathisch macht, ist gerade die Sicherung des Lohnes vor der Willkür des Unternehmers; verliert der Tarifvertrag diese Eigenschaft, so werden die Arbeiter gern auf das ganze Vertragswesen verzichten, denn dann hätte es keine andre Bedeutung als die einer Anebelung der Arbeiterorganisationen.

Die Löhne der Erd- und „ungeübten“ Hilfsarbeiter wollen die Unternehmer der freien Vereinbarung überlassen. Diese Forderung ist nur noch der Rest der früheren, die außerdem bestimmen wollte, daß die Löhne dieser Arbeiter dort, wo sie höher seien als die der übrigen Hilfsarbeiter, herabgesetzt werden müßten. Aber auch dieser Rest fordert den stärksten Widerstand der Arbeiter heraus; denn heute bestehen für die Erdarbeiter bereits in sehr vielen Orten Tarife oder es enthalten viele Tarife besondere Bestimmungen für die Erdarbeiter. Hier zeigt sich die gerühmte Tariffreundschaft der Unternehmer darin, daß einer großen Arbeitergruppe die vertragliche Lohnregelung genommen werden soll. Das ist aber gleichbedeutend mit einer Lohnreduzierung; denn wenn die Unternehmer die Anebelung des heutigen Zustands anstreben, so tun sie es sicher nicht, um die Löhne der Erdarbeiter zu erhöhen.

Die Unternehmer wollen die Akkordarbeit dergestalt „regeln“, daß den Gewerkschaften verboten werden soll, ihre Mitglieder über die Schäden dieses Lohnsystems aufzuklären, und daß den Gewerkschaften jeder Einfluß auf die Akkordlöhne genommen wird. Die Gemeingefährlichkeit dieser Forderung liegt auf der Hand. Bei dem Charakter unfres Unternehmertums bestände bei einer solchen Vertragsbestimmung sofort die Gefahr, daß man von den Arbeitern in ausgedehntestem Maße Akkordarbeit verlangte. Die Organisationen könnten gar nichts dagegen tun, denn sie hätten sich laut Vertrag „jeder hindernden Einflußnahme zu enthalten“. Die Löhne unter-

lagen nach dem Vertrag der „freien Vereinbarung“. Man müßte sich nicht denken können, wie diese „freie Vereinbarung“ in einer Zeit wirtschaftlichen Niedergangs aussehen würde. Die Unternehmer würden die Akkordlöhne nach ihrem Gusto festsetzen und für die Arbeiter hieße es: „Früh, Vogel, oder stirb!“ Kämen dann die Arbeiter kläglich zu ihrer Organisation, so müßte diese achselzuckend erklären: Euch ist nicht zu helfen, die Organisation darf keinerlei Einfluß auf die Akkordpreise ausüben, das ist ihr durch Vertrag verboten. Die Unternehmer hätten es in der Hand, auf dem Wege der Akkordarbeit den ganzen Lohnstarif illusorisch zu machen, trotz Vertrag nach ihrer Willkür zu verfahren. Das möchte den Herren so gefallen, wenn sich die Gewerkschaften einen solchen Strich um den Hals legten. Es besteht bei den Unternehmern dabei auch noch der Hintergedanke, auf diesem Wege die Akkordarbeiter von der Organisation loszureißen, was nicht schwer fallen könnte, da die Organisation nichts für diese Arbeiter zu tun vermöchte.

Die von den Unternehmern geforderte Einsetzung eines obersten Tariffschiedsgerichts wird von den Arbeitern nicht prinzipiell verweigert, nur mit der vorgeschlagenen Form sind sie nicht einverstanden. Es ist sicher, daß sich bald ein Bedürfnis für eine solche Stelle anmelden wird, und die Arbeiter wollen selbstverständlich gern dabei helfen, sie zu schaffen. Aber dann muß man sich erst über die Form des Schiedsgerichts verständigen.

Die Belästigungsklausel, die der Unternehmerbund jetzt fordert, ist gleichfalls nur noch der Rest eines früheren Antrags, nach dem die Agitation auf der Baustelle auch während der Pausen verboten sein sollte. Dies obstruere Verlangen haben die Unternehmer heute nicht mehr, sie wollen aber noch eine Definition der „Belästigung“ und ein Verbot für Unbefugte, den Arbeitsplatz zu betreten. Die Arbeiter sind der Meinung, daß solche Dinge nicht in den Vertrag hineingehören, und lehnen darum ihre Aufnahme ab.

In den dem Vertrag beigefügten „Protokollarischen Erklärungen“ verlangen die Unternehmer dann noch die Aufnahme folgender Bestimmungen:

Die Unterverbände des Arbeitgeberbundes sind u. a. hinsichtlich der Arbeitszeit gebunden, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden nicht gestattet ist; wo die Arbeitszeit bereits kürzer ist, darf sie nicht weiter gekürzt werden.

Die Arbeitnehmer sind während der Vertragsdauer nicht berechtigt, die von den Arbeitgebern eingerichteten oder einzurichtenden Arbeitsnachweisanstalten in irgendeiner Weise zu föhren.

Sie charakterisieren sich als zwei starke Zumutungen. Wenn die Unternehmer auf ihrer Generalversammlung Beschlüsse fassen, so können die Arbeiter nichts dagegen tun; aber wenn die Unternehmer verlangen, daß die Arbeiter solche Beschlüsse, die sich direkt gegen die Arbeiterinteressen wenden, durch den Vertrag sanktionieren, sie gewissermaßen als berechtigt anerkennen sollen, so ist das eine Unverschämtheit, die ihresgleichen sucht. In diesen Zumutungen offenbart sich so recht der antisoziale und reaktionäre Geist der Unternehmer. Selbstverständlich werden die Arbeiter diese Zumutung nie erfüllen.

Im Kreise der bürgerlichen Sozialpolitiker erwägt man zwar noch immer, ob nicht ein vermittelndes Eingreifen noch in letzter Stunde mit Aussicht auf Erfolg möglich sei. Der dringliche Appell der Sozialen Praxis an die Regierung scheint keinen Erfolg zu haben. Was schert diese Regierung ein solcher Kampf! Sie wird, wenn sie daran denkt, jedenfalls nur erwägen, welche politischen Pflichten ihr daraus erwachsen und wie sie diesen genügen kann! Fürwahr, armseliger hat sich die Regierung noch nicht benommen als in dieser Sache. Auch die bürgerlichen Sozialpolitiker werden kaum zu einem Eingreifen kommen. Soweit sie die Entwicklung des Konflikts genau beobachtet haben, müssen sie wissen, daß sich hier Gegensätze aufgetan haben, die nicht leicht zu vermitteln sind. Hier stehen sich zwei grundverschiedene Anschauungen gegenüber. Die Arbeiter stellen sich auf den Boden der Tarifidee, deren unverrückbares Fundament die Gleichberechtigung der vertragschließenden Faktoren ist. Sie sehen in den Tarifverträgen den Mobus vivendi, eine Grundlage, auf der die beiden gegensätzlichen Interessenten miteinander leben können, die allerdings in ihrer jeweiligen Form immer nur eine vorübergehende Grundlage sein kann, die sich in Intervallen den gewandelten Verhältnissen anzupassen hat. Anders die Unternehmer: Für sie ist in diesem Falle der Tarifvertrag nur ein Mittel zur vollkommeneren Unterdrückung der Arbeiter. Sie sind nur darum Tariffreunde, oder genauer Vertragsfanatiker, geworden, weil sie hoffen, den Tarifvertrag zur Anebelung der Gewerkschaften benutzen zu können. Sie akzeptieren den Vorteil des Tarifvertrags, daß er eine Periode ruhiger Arbeit verbürgt, aber sie wollen diesen Vorteil nicht mit Zugeständnissen an die berechtigten Ansprüche der Arbeiter erkaufen; die Arbeiter sollen Ruhe halten und sich bescheiden. Das ist der Gedanke, der dem ganzen Vorgehen der Unternehmer zugrunde liegt. So etwas Unerhörtes, wie die Anträge zur Akkordarbeit, zur Arbeitszeitverkürzung und zum Arbeitsnachweis ist in der Geschichte der deutschen Tarifbewegungen überhaupt noch nicht dagewesen. Was der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe anstrebt, ist kein

Tarifverhältnisse mehr, sondern die reine Diktatur; nicht Tarifgemeinschaft, sondern Tarifnechtenschaft ist das Ziel des Unternehmerbundes.

Diese Überzeugung ist selbst in Unternehmerrkreisen zu finden. Auf der Dresdner Hauptversammlung des Arbeitgeberbundes sagte der Vertreter aus Magdeburg, Herr Ganzlin:

So scharf darf man doch nicht vorgehen! Wir müssen auch verhandeln und nicht einfach diktieren! Die Arbeiter sind auch Menschen, und man kann es begreifen, wenn sie sich mit allen Mitteln gegen diese Diktatur wenden. Wir sind mit den alten Bestimmungen des Vertrages ganz gut ausgekommen.

Natürlich blieb das auf die Generalversammlung, auf der man wahre Organe der Scharfmacherei feierte, ohne Eindruck. Die Mehrzahl war von der wüsten Heze der Zellermeier, Lüscher und Konsorten einfach fortgerissen. Allerdings, in die Eingkeit des Bundes ist eine gewaltige Breche gelegt worden. Das wichtige Bierstädtegebiet Hamburg—Altona—Harburg—Wandsbek hat seinen Frieden mit den Arbeitern geschlossen, mehrere kleinere norddeutsche Orte sind dem gefolgt. In Oberschlesien ist man ebenfalls einig, den Tarif nach den Bestimmungen des alten Vertrags mit Lohnerhöhung zu erneuern. Magdeburg und Bremen sind von der Aussperrung keineswegs erbaut und werden es sich jedenfalls noch reiflich überlegen, ob sie mitmachen werden. In Berlin wird man noch einmal verhandeln, auch hier ist die Einigung nicht ausgeschlossen. Das sind wichtige Positionen für die Arbeiter. Aber der Bund, der führerlose Bund, läßt sich nicht heitren, er stürmt den alten Weg weiter — wohin? —

Die Arbeiter werden nun ihre Pflicht tun. Sie werden die letzten Vorbereitungen treffen. Unter ihnen herrscht eine gewaltige Begeisterung. Sie wissen, was für sie, man kann sagen: was für die deutschen Gewerkschaften auf dem Spiele steht, um was es bei diesem Kampfe geht.

Die Verbandstage der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter sind am 4. April abermals in Berlin zusammengetreten. Als Hauptpunkt steht auf der Tagesordnung, das Tarifmuster des Bauarbeitgeberverbandes.

Nachschrift. Die Verbandstage der feingewerblichen Arbeiter leiteten den Unternehmer-Wischi-Waschi einmütig ab. Bei den Maurern referierte Pappow, bei den Zimmerern Schrader und bei den Bauhilfsarbeitern Töpfer. Die Maßnahmen der Unternehmer lassen erkennen, daß der Kampf unvermeidlich ist. In Nürnberg wurden am Dienstag 3500 Maurer und Bauhilfsarbeiter entlassen, in Bremen wurde 3000 Maurern gekündigt. In einigen sächsischen Städten wurde den Arbeitern ebenfalls die Kündigung ins Haus geschickt. Die Scharfmacher im Baugewerbe sind also obenaufl.

Der 8. Kongreß des Italienischen Bauarbeiterverbandes.

(Schluß.)

Mit dem folgenden Beschlusse erreichte der Kongreß seinen Höhepunkt. Er betraf die Einführung von Wochenbeiträgen bei 40wöchiger Beitragsleistung im Jahr und Einführung statutarischer geregelter wöchentlicher Streikunterstützung. Die Beiträge sind bisher in Italien monatliche, und zwar außerordentlich niedrige gewesen. Die Gründung des italienischen Bauarbeiterverbandes erfolgte 1886 auf dem Kongreß in Genua auf Anregung der Bauarbeiterchaft von Bologna. Der monatliche Beitrag wurde auf 5 Cts. = 4 Pfg. festgesetzt. Trotz aller Mühen gelang es nicht, in den ersten Jahren nennenswerte Fortschritte zu erzielen, was bei der Niedrigkeit der Beiträge auch kein Wunder war. 1887 wurde der Beitrag auf 10 Cts. = 8 Pfg., 1902 auf 20 Cts. = 16 Pfg. und 1905 nach Verdienstklassen auf 15, 20 und 25 Cts. = 12, 18 und 20 Pfg. pro Monat erhöht. Eine statutarische Regelung der Streikunterstützung bestand bisher noch nicht. Aus der Zentralkasse wurden bei Streiks als Höchstmaß pro Person und Tag gewährt 50 Cts. = 40 Pfg. — wenn Geld vorhanden war. Daß bei diesen geringen Beiträgen, Extrasteuern und Sammellisten eine stehende Einrichtung waren, ist erklärlich. Dadurch war der Verband in seiner Bewegungsfreiheit und Schlagfertigkeit an Händen und Füßen gebunden. Die Notwendigkeit der Verfügung über größere Kampfmittel ist nicht zuletzt auch den italienischen Arbeitern von den auch in Italien erstarkten Unternehmerorganisationen beigebracht worden. DeLotti-Mailand begründete die diesbezüglichen Anträge. Die größte Zahl der Redner waren von der Notwendigkeit der Beitragssteigerung und fester Regelung der Unterstüzungssätze überzeugt. Doch fehlte es auch nicht an Gegnern. Die Verwaltungskosten würden zu hohe werden, Festsetzung bestimmter Unterstüzungssätze sei unmöglich. Vor allem sei aber Italien nicht Deutschland. Verschiedene Redner wendeten sich gegen die Erhebung eines Eintrittsgeldes. Auffallend warm treten verschiedene Gegner des Vorstands vom vorhergehenden Tage für die Vorstands-vorlage ein. Als Grundlage für den Wochenbeitrag wird die Höhe eines halben Stundenlohns betrachtet. Der Vorsitzende Gunglino spricht in seinen Ausführungen seine Befriedigung über die Zustimmung der meisten Redner aus und weist darauf hin, daß die Einnahmen nicht im entferntesten zu den erhobenen Ansprüchen stehen. Einführung klassifizierter Wochenbeiträge ist eine Lebensfrage für Bestehen und Weiterentwicklung des Verbandes. Auch die Gewährung einer bestimmten Unterstüzung ist nicht zu umgehen. Eine große Zahl von Kämpfern ging verloren, weil keine genügende Unterstüzung gewährt werden konnte. Die hohe Zahl von Streikbrechern ist daher auch erklärlich. Durch den jetzigen Zustand werde aber auch kein Vertrauen zum Verband erzeugt, weil er nicht zu leisten vermag, was er notwendigerweise müßte. Trotz der mifflischen Sammlungen und Extrasteuern werde der Vorstand mit Vorwürfen und Reklamationen überhäuft. Aus dieser mifflischen Lage muß der Vorstand befreit werden, um im Interesse der Mitglieder das leisten zu können, was unbedingt erforderlich ist. Dann werde auch mehr Vertrauen zur Organisation unter den Bauarbeitern einkehren.

Auf Vorschlag ziehen sich die verschiedenen Antragsteller zu diesem Punkte zur Sonderberatung zurück, um sich über einen Kompromißantrag zu verständigen. Während dieser Zeit spricht Bömelburg-Hamburg über die deutschen Erfahrungen auf diesem Gebiete und erklärt, daß in Deutschland die Grundlage des Wochenbeitrags ein Stundenlohn ist, der aber jetzt schon vielfach überschritten ist. Auch in Deutschland hat man Besürchtungen auf Rückgang der Mitgliedszahl gehegt, die sich aber trotz Verdoppelung der Beiträge in verhältnismäßig kurzer Zeit als unbegründet bewiesen haben. Der Beitragssteigerung folgte wohl ein kurzer Sturz, aber in der folgenden Zeit erhöhte sich die Mitgliederzahl um 27 000 jährlich. Das schlimmste Schlagwort ist das vom Idealismus. Die Arbeiterchaft organisiert sich nicht aus Idealismus, sondern um Vorteile zu erringen. Dies ist aber nur möglich bei entsprechender Gegenleistung. Die vorgeschlagene Beitragssteigerung ist ja überhaupt kein hoher Beitrag. Die Ausführungen wurden übersetzt von Balär und fanden lebhaften Beifall.

Mittlerweile war die Kommission nach leidenschaftlicher Auseinandersetzung wieder im Saal erschienen. Zu einer Ein-

gung auf einen gemeinsamen Vorschlag war es nicht gekommen, sondern sämtliche vorliegenden Anträge wurden zu zwei Vorschlägen vereinigt. Die Majorität schlägt vor, wöchentliche Beiträge von 10, 15 und 20 Cts. = 8, 12 und 16 Pfg. bei 40wöchiger Beitragszahlung zu erheben. Dagegen fordert die Minorität Erhöhung des Monatsbeitrags um 5 Cts. und Umrechnung dieses Betrags in Wochenbeiträge. In der Debatte sprechen sich wieder die meisten Redner für den Majoritätsantrag aus, zum zweiten Teil aber mit Wirkung vom 1. März 1911. In getrennter Abstimmung erfolgte nach nochmaliger heifer Redeschlacht die Annahme der Majoritätsvor schläge.

Damit hatte der Kongreß seine wichtigste Aufgabe erfüllt. Es folgte die Beratung des neuen Statuts, welches in seinen Grundzügen vollständig unsern deutschen Bestimmungen nachgebildet ist. Bemerkenswert war dabei, daß eine lange Auseinandersetzung entstand über die Frage, ob der Sekretär Gunglino Mitglied des Vorstands werden sollte. Schließlich wurde dem aber zugestimmt.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung betrafen die Unfalls-, Invaliden- und Altersversicherung, sowie Fabrikinspektion, Berufskrankheiten und hygienische Vorschriften, Gegenseitigkeit zwischen Gewerkschaften und Produktivgenossenschaften und die Erledigung innerer Angelegenheiten.

Im allgemeinen muß dem Kongreß das Zeugnis ausgestellt werden, daß er einen erfreulichen und überraschend großen Schritt nach vorwärts getan hat. Für uns mag wohl ein Beitrag von 8—16 Pfg. pro Woche lächerlich gering erscheinen. Bedenkt man aber, daß bisher wöchentlich etwa 3—5 Pfg. geleistet wurde, so kann erlassen werden, welcher Fortschritt in den Beschlüssen des Kongresses liegt. Erklärlich ist auch, daß diese gewaltige Erhöhung nicht mit einemmal, sondern erst in 2 Jahren in Kraft tritt. Wie bereits bemerkt, wird diese Annäherung des Italienischen Bauarbeiterverbandes an unsere Verhältnisse von wohlthätigen Folgen auf das Verhalten der italienischen Einwanderer in Deutschland sein. Wie gewaltig der Abstand bisher war, geht aus folgendem hervor. Vor kurzem erkrankte ein italienischer Kollege in einer Zählstelle. Obwohl derselbe seit 1903 in Italien organisiert war, langte dessen Beitragsleistung in 6 Jahren, einschließlich der in Deutschland gelebten Jahren, noch nicht aus, um den Betrag der erforderlichen einjährigen Beitragsleistung bei uns zu entsprechen. Dazu wären 11 Jahre der italienischen Beitragsleistung erforderlich gewesen. Nach der neuen Beitragsfestsetzung verringert sich diese Zeit auf 3 Jahre 4 Monate. Allerdings war die wirkliche Leistung des italienischen Kollegen erheblich höher, als in den Beitragssummen zum Ausdruck kommt, infolge der vielen Extrasteuern und Sammellisten, die jetzt, wenn nicht aufgehoben, so doch auf geringe Ausnahmen zurückgeführt werden können.

Der Kongreß tagte im eignen Heim der Turiner Arbeiterchaft, in dem sich neben den Wirtschaftsräumen Versammlungs- und Sitzungssäle, Bureaus verschiedener Organisationen und die Arbeitskammer befinden. Während der Tagung flatterte über dem Eingangstor eine mächtige rote Fahne. Lieb Vater-

Kollegen! Beteiligt Euch zahlreich an den Delegierten-Wahlen. Jedes Mitglied hat sein Stimmrecht auszuüben. Die Wahlen können in den Versammlungen oder auf den Werkplätzen vorgenommen werden.

Die Wahlprotokolle für die Hauptwahlen müssen bis zum 22. April beim Hauptvorstand eingereicht sein.

land magt ruhig sein! Soweit ist es doch bei uns dank unsrer wachsamem Polizei noch nicht. Soweit wir bei der Abreise feststellen konnten, stand Turin aber noch unerschütterst fest.

Serviert wurde während der Tagung nicht. Auf allen Tischen standen Wasserflaschen mit Gläsern zur freien Verfügung. Die Delegierten behielten während der Tagung die Hüte auf. Auch bei den gemeinsamen Mahlzeiten konnte dies beobachtet werden.

Für uns nüchterne Deutsche war besonders das leidenschaftliche Temperament auffallend, in dem sich die Verhandlungen abspielten. Besonders der Vorsitzende Gunglino war ein Redner von unvergleichlichem Feuer. Er schien ganz in der von ihm erfachten Idee aufzugehen, er wuchs und regte sich in flammender Erregung, die Hände, jeder Finger, jede Muskel sprach mit. Manche Debatter standen ihm nicht nach. Stellenweise erhoben sich die Verhandlungen zu einer wahrhaft dramatischen Höhe. Für unsre verwöhnten Nerven machte dies allerdings einen etwas beunruhigenden Eindruck. Heiß muß es besonders in der Beitragsfestsetzungskommission hergegangen sein. Durch die Tür des anstößenden Beratungszimmers drangen Töne der Leidenschaft, die bei uns beim Wasserrinken nicht hervorgerufen zu werden pflegen. Von deutschen Teilnehmern früherer Kongresse in Italien wurde bekundet, daß der Gang der Verhandlungen aber ein bedeutend ruhiger in Turin war als früher.

Ingesamt können wir die italienische Bauarbeiterchaft zu ihrem erfreulichen Fortschritt beglückwünschen und darin auch eine weitere Festigung der internationalen Beziehungen erblicken. Dies konnte besonders konstatiert werden gelegentlich der Sitzung der ausländischen Vertreter mit der italienischen Verbandsleitung. Auch werden in Zukunft Vorkommnisse ähnlicher Art, die 1903 den Abfall der 3000 Mitglieder zählenden Marmorarbeiterfektion von Carara und Umgebung infolge anarchischer Strömungen verursachten, ausgeschlossen sein. Die unglücklichen Erfahrungen, die dieser Sonderverband bei dem zwei Jahre später ausgebrochenen Kampf in Carara gemacht hat, waren für die Kollegen eine heilsame Lehre und führten sie wieder dem Gesamtverband zu. Der Italienische Bauarbeiterverband, und speziell die Steinarbeiter, haben noch ein gewaltiges Feld zu beackern, nicht minder wie wir in Deutschland, und können wir ihm auf seinen weiteren Wegen in der eingezeichneten Bahn nur Erfolg wünschen.

Zur Lohnbewegung im Gottleubatal.

Im Gottleubatalgebiet gärt es wieder. In einer Steinarbeiter-Versammlung, die am 3. April im Gasthof zu Kottwendorf tagte und die überaus stark besucht war, beschloß man sich nochmals mit den ausgebrochenen Differenzen. Kollege Seidel gab einleitend einen Ueberblick über die letzten Vorgänge. Nachdem die Organisationsverhältnisse im Steinarbeiterberuf in den letzten Jahren auch im dortigen Bezirk bedeutende Fortschritte gemacht haben, erstrebte man die Einführung eines Tarifvertrages auch für die mit der Steingewinnung beschäftigten Kollegen. Es wurden mit den Unternehmern Verhandlungen gepflogen, doch verhielten sich diese in bezug auf die Einführung von Tagelöhnen durchaus ablehnend. Man wollte ferner, daß die Arbeitszeit mehr zusammengedrängt würde, da durch eine zweistündige Mittagspause, wozu noch die Frühstück- und Vesperpause und ein oft langer Weg bis zur Arbeitsstätte und von dieser hinkommt, die meist auswärtig wohnenden Arbeiter gezwungen sind, teilweise gegen 15 Stunden von ihrer Beaufung

fortzubleiben. Dabei können die Arbeiter in den Steinbruchfaktorien nicht einmal warmes Essen erhalten. Die Unternehmer haben sich schließlich mit einer 1½stündigen Mittagspause einverstanden erklären wollen. Ueber die Lohnfrage ist es zu einer weiteren Verhandlung noch nicht gekommen. Die Unternehmer erklärten, daß sie wohl mit ihren Arbeitern, nicht aber mit „Uebermenschen“, worunter die Vertrauensleute und Gewerkschaftsbeamten gemeint sein sollen, verhandeln wollten; sie glauben, daß die Arbeiter mündig seien und also keines Vormundes bedürften. Hierauf haben die Arbeiter beschloßen, den Unternehmern mitzuteilen, daß sie eben gerade deshalb, weil sie sich für mündig hielten, sich nicht darüber Vorschriften machen lassen, durch wen sie die Verhandlungen pflegen wollten. Die in Frage kommenden Arbeiter betonten ausdrücklich, daß sie ohne Weisung ihrer Vertrauensleute Verträge nicht abzuschließen gedenken. Man hatte sich vorgenommen, solange Verhandlungen mit den Unternehmern gepflogen werden, nirgends zur Arbeitseinstellung zu schreiben. Indes suchten die Unternehmer, anscheinend um den Arbeitern mit Maßnahmen zuvorzukommen, Gelegenheit, ihre Macht zu zeigen. Bei der Firma Fleck u. Jilmert haben in dem einen Betriebe die Steinarbeiter, die einen Anspruch auf eine nur neun Stunden dauernde Arbeitszeit haben, die Arbeitsstätte verlassen, als ihre Arbeitszeit vorüber war. Der Bruchmeister kündigte gleich an, daß diejenigen, die die Arbeitsstätte wirklich verlassen, nicht mehr wiederkommen brauchen, und die Leute wurden auch wirklich am nächsten Tage entlassen. Da man dies als eine Herausforderung betrachtete, erklärten sich auch sämtliche Bruch- und Sägearbeiter in den andern Betrieben dieser Firma mit den Steinarbeitern solidarisch. Das solidarische Verhalten wurde auch vom Verbandsrat gutgeheißen. Die gegenwärtige Lohnbewegung bzw. Tarifbewegung umfasse nur die Arbeiter, die mit der Steingewinnung beschäftigt sind, nicht die Steinmengen, und man habe es zunächst nur mit den Bruchbestimmern des Gottleubatales zu tun. Die Steinmengen könnten ja weiterarbeiten, da ihre Tarife erst mit dem 15. Mai ablaufen; allerdings würden sie mit der Weiterarbeit selbst aufhören müssen, sobald es infolge eines Ausstandes an Material fehlen würde. Der Verband Gottaer Steinbrüche wolle schließlich mit einer Abordnung von den in den Brüchen beschäftigten Arbeitern verhandeln. In einem Schriftstück erklärte der Verband dann, daß die Arbeiter der genannten Firma am 4. April die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen müßten, andernfalls weitere Maßnahmen ergriffen würden. In einem weiteren Schreiben wollte man auch in eine Lohnverbesserung einwilligen, aber die Arbeit bei der Firma sei sofort wieder aufgenommen. Es ist jedoch nicht zu empfehlen, daß sich die Arbeiter jetzt nach irgendeiner Richtung festlegen, man müsse jetzt die angedrohten Maßnahmen abwarten; in den nächsten Tagen werde sich dann die Sache auf der ganzen Linie entscheiden. Die an die Unternehmer gestellten Forderungen müßten jetzt unter allen Umständen durchgeführt werden.

Der Vorsitzende des Zentralvorstandes, Kollege Paul Starke, wies darauf hin, daß die derzeitigen Differenzen große Ähnlichkeit mit der Situation im Jahre 1897 hätten. Bei den damaligen mifflischen Organisationsverhältnissen war es den Kämpfern jedoch nicht möglich, den Sieg zu erringen. Inzwischen hat die Organisation der Steinarbeiter auch hier Fortschritte gemacht; aber auch die Unternehmer, bei denen die von Profitinteressen diktierte Organisierung infolge ihrer kleineren Zahl eine viel leichtere ist als bei den Arbeitern, haben sich fester zusammengeschlossen. Redner befaßt sich in längeren Ausführungen mit den Unternehmerorganisationen überhaupt und mit der bedauerlichen Zersplitterung, die bis jetzt noch immer unter den Organisationen der Arbeiter herrscht, und er betonte die Notwendigkeit der Einwirkung auf Parlament und Gesetzgebung. Die Kämpfe der Arbeiterchaft werden immer mehr zu Klassenkämpfen; sie werden auf immer größerer Grundlage geführt. Die Arbeiterbewegung bestehe aus Siegen und aus Niederlagen, aber auch durch letztere dürfen sich die Arbeiter nicht entmutigen lassen. Wenn die Steinarbeiter im Jahre 1897 nicht mutlos und dadurch fahnenflüchtig geworden wären, hätte man heute schon ganz andere Erfolge zu verzeichnen. Für die damals gezeigte Mutlosigkeit mußten sie ja bei der dann erfolgten Aussperrung im Gottleubatal auch Stockprügel auf den Rücken erdulden. Redner zersplüdete dann die Aussprüche der Unternehmer, die mit den Vertrauensleuten nicht unterhandeln wollten. Die Behauptung, daß die Gewerkschaftsbeamten keine Fachleute seien, ist unftinnig, weil alle diese früher im Steinarbeiterberuf tätig waren. In einer Zeit, in der nur noch das Verhandeln von Organisation zu Organisation sichtlich ist, erscheine eine solche Forderung direkt lächerlich. Die Arbeit bei der Firma Fleck u. Jilmert dürfe jetzt noch nicht aufgenommen werden; dazu sei noch immer Zeit.

Einige Redner weisen es unter dem Beifall der Anwesenden mit scharfen Worten zurück, daß die Unternehmer die Beauftragten der Arbeiter abweisen wollen. Im übrigen treten alle dafür ein, daß man sich nicht zu lange abwartend verhalten soll, denn die Unternehmer hätten schließlich nur die Absicht, die Arbeiter an der Nase herumzuführen. Die Bewegung dürfe auf keinen Fall im Sande verlaufen.

Kollege Seidel erklärt, daß die abwartende Haltung nur noch zwei oder höchstens drei Tage dauern könnte. Die Unternehmer müßten sich jetzt entschließen. Man wolle ja die Differenzen auf dem Wege der Verhandlung beilegen, wenn indes die Unternehmer den Kampf wünschten, so sollten sie ihn haben. Die Schlußworte wurden mit großem Beifall begrüßt.

Unter Gewerkschaftlichem wird vom Kollegen Seidel auch in dieser Versammlung über die Bestrebungen zur Einführung eines Einheitstarifs für die Steinmengen referiert, und er betont besonders die Vorteile, die den Steinmengen, die ihren Beschäftigungsort so oft wechseln, aus der Einheitlichkeit der Tarife erwachsen würden. Es ist zur Zusammensetzung einer Kommission aufgefordert worden, die demnächst mit den Unternehmern verhandeln sollte. Einige Kollegen sprechen sich dafür aus, daß die Kommissionsmitglieder in einer besonderen Steinmengenversammlung gewählt werden. Dem treten unter dem Hinweis auf die knapp bemessene Zeit Kollege Ernst und Kollege Seidel entgegen. Kollege Starke behandelt ebenfalls in längeren Ausführungen die Notwendigkeit eines Einheitstarifs und weist darauf hin, daß in andern Bezirken die Kommissionsmitglieder bereits gewählt seien. Auf Vorschlag werden schließlich die Kollegen Adler, Steinede, Fiedel, Beyer und Seidel in die Kommission gewählt.

Wir bitten gehorsamst!

Nachstehendes Bittgesuch der Rottenarbeiter der Bahnmesserei Strehlen, das ein entsetzliches Bild von Armut und Elend enthüllt, ging an die Breslauer Eisenbahnbetriebsinspektion ab. Da es für die traurige Lage der Petenten ebenso bezeichnend ist als für ihre ungläubliche Untertätigkeit, und so ein schließliches Kulturbild ersten Ranges bildet, geben wir es möglichst wortgetreu mit all seinen Unbeholfenheiten und Fehlerhaftigkeiten wieder. Freund und Feind können daraus vieles lernen.

Gehorsamtes Gesuch der Rottenarbeiter der Bahnmesserei Strehlen um Bewilligung einer Lohnzulage.

In der Stadt Strehlen herrscht seit Jahren große Teuerung und Wohnungsnot. Infolgedessen verlangen die Hauswirte von uns Arbeitern sehr hohe Miete. Die meisten Wohnungen, welche noch vorhanden sind, und uns Arbeitern zuständen, werden von den Beamten ausgemietet, da dieselben keine besseren Wohnungen bekommen, bzw. die noch vorhandenen besseren Wohnungen zu teuer sind. Die Beamten erhalten hohen Wohnungsgeldzuschuß, mieten sich aber nur Wohnungen um ein Drittel billiger, als sie Wohnungsgeldzuschuß erhalten. Auch erhalten die Beamten zu Weihnachten Remunerationen und wiederholt höhere

...bedürfen.

Wir Eisenbahnarbeiter in Strehlen bleiben aber mit un-
ferm Lohn weit hinter den Steinbrucharbeitern zurück. Auch
die landwirtschaftlichen Arbeiter stehen sich weit günstiger als
wir, da dieselben außer ihrem Lohn freie Wohnung, Feuerung
und Deputat erhalten. Wir vergleichen uns mit den Steinbruchar-
arbeitern und den Landarbeitern, trotzdem dieser Vergleich nicht
richtig ist; denn die Industrie und die Landwirtschaft nehmen
jeden Arbeiter an, ob er gesund oder nicht (?), ob bestraft oder
nicht. Das ist aber bei der Eisenbahnverwaltung nicht der Fall;
hier werden nur vollständig gesunde, unbescholtene und kräftige
Leute eingestellt, und dafür werden wir so schlecht gelöhnt, daß
wir und unsere Kinder hungern müssen, resp. an die Tür anderer
Kloppen müssen, um sich den Hunger zu stillen. Wir erlauben uns
noch zu erwägen, daß die Lage sich jetzt noch bedeutend ver-
schlimmert hat. Fast alle Arbeiter geraten in Zahlungsschwierig-
keiten und sind nicht in der Lage, den nur höchst nötigen Bedarf
an Lebensmitteln zu decken, und wo bleibt die Bekleidung.

Eine Familie von 7 Köpfen (die Eltern und 5 Kinder) ver-
brauchen jeden Tag nachstehendes. Das ist aber das allernot-
wendigste, und wenn sich unsere Verhältnisse nicht bessern, können
sich alle zusammen in einem Jahre nicht einmal richtig satt essen.
Dieses ist im Vorjahre in Wirklichkeit der Fall gewesen.

1 Brot	0.60	Mk.
Fett	0.45	"
Milch	0.20	"
Kartoffeln	0.30	"
Knochen	0.10	"
Fleisch	0.10	"
Süßfrüchte	0.20	"
Kaffee	0.10	"
Zucker	0.10	"
Rohle	0.20	"
Miete	0.30	"
Summa	2.65	Mk.

Wir sind staatsreue Arbeiter und gehen mit keinen ord-
nungsfeindlichen Bestrebungen. Euer Exzellenz wird sagen,
warum bleiben wir noch weiter bei der Eisenbahn? Die Mehr-
zahl haben ihre jungen Jahre bei der Eisenbahn gelassen, und
nehmen wir bei der bedeutend besser bezahlten Industrie Arbeit,
so werden wir gezwungen, dem sozialdemokratischen Ver-
bande beizutreten, und ein wahrer Christ und staats-
treuer Arbeiter wird das nimmer tun, so lange er auf andre
Weise sein Brot verdienen kann. Die Not drängt uns, ver-
trauensvoll an Euer Exzellenz den Herrn Minister der öffent-
lichen Arbeiten uns zu wenden, mit der Bitte um Gewährung
einer Lohnzulage.

Ganz gehorsamt

Die Arbeiter der königlichen Bahnumgegend Strehlen.

Es sind also diesmal nicht verhegte, von der sozialdemo-
kratischen Unzufriedenheit angegriffene Arbeiter, die ihre bittere
Not in die Welt hinaus rufen. Nein, die traurigen Verhältnisse
am Ende, die Verleugung der christlichen und staatsverhal-
tenden Gesinnung, sie lassen den Hilferuf nur noch graufiger er-
scheinen. So sorgt der „Vater Staat“ für seine Treuesten; das
ist das Leben der Arbeiter in den staatlichen Musteranstalten,
mit deren Fürsorge unsere Minister in den Parlamenten sich rühmen
und die von der patriotischen Presse gegen die sozialdemokrati-
schen Schreier in Schutz genommen werden, nicht aber gegen die
bittere Not, die an ihrer Gesundheit und an ihrem Familien-
glück zehrt. Die Petition zeigt, wie unterwürfig sich die preußi-
schen Eisenbahnarbeiter fühlen.

Vom 8. Verbandstag der Steinseher.

Der Verbandstag tagte vom 20. bis 21. März im Berliner
Vollbauverein. Es nahmen an ihm 10 Delegierte, der Vorstand
ein Vertreter des Ausschusses und sieben Gauleiter teil.
Zum Vorstandsvorschlag liegen zwei Anträge vor, von denen
der eine die Verschmelzung des Verbandes mit den Bau-
arbeitern wünscht, der andere die Einsetzung einer Kom-
mission, die die Vorarbeiten zu einer Verschmelzung mit dem
Steinarbeiter-Verbande treffen soll.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Der 8. Verbandstag erkennt an, daß mit der zunehmenden
Konzentration der Unternehmerorganisation und der dadurch
bedingten Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe der Zu-
sammenschluß mit einer Bruderorganisation zur Notwendigkeit
werden kann und wird.

Da ein solcher Schritt nicht unternommen werden kann,
ohne daß die übergroße Mehrheit der Mitglieder innerlich
von der Notwendigkeit desselben vollständig überzeugt ist, es
in dieser Hinsicht jedoch durchaus noch an der notwendigen
Aufklärung und Klarheit mangelt, so verpflichten sich die
Delegierten, die Frage der Verschmelzung bis zum nächsten
Verbandstage in den Filialen eingehend zur Diskussion zu
bringen. Zugleich erhält der Zentralvorstand den Auftrag,
auch seinerseits alle Schritte zu tun, um einem später statt-
findenden Zusammenschlusse die Wege zu ebnen.

Die Leipziger Delegierten redeten der Verschmelzung
mit dem Steinarbeiterverbande in eingehender Weise das Wort.
Die Annahme der Resolution zeigt, daß solche Fragen erst ge-
nügend ausreifen müssen, und daß insbesondere auch die Massen
für einen solchen Gedanken gewonnen werden müssen.

In der weiteren Diskussion wird im allgemeinen die An-
sicht vertreten, daß die Entwicklung auf die Dauer zu einer
Verschmelzung führen werde, und zwar mit dem Bau-
arbeiterverband. Denn eine Verschmelzung mit dem Steinar-
beiterverband sei nur eine vorübergehende Lösung der Frage,
da auch dieser auf die Dauer um eine Verschmelzung mit den
Bauarbeitern nicht herumkomme.

Nun kam der geschäftliche Teil mehr zur Debatte.

Der Vorstand wird ferner beauftragt, jährlich mindestens
zwei Mitglieder, ob besoldet oder unbesoldet, zum Kursus der
Generalkommission zu senden. Doch müssen die Schüler mindestens
fünf Jahre ununterbrochen Mitglied gewesen sein.

Der Bericht des Kassierers konstatiert eine Gesamteinnahme
in den letzten drei Jahren von 805 435 Mk., eine Gesamtausgabe
von 793 406 Mk. Die Kosten der Streiks und Aussperrungen
betrugen 207 284 Mk. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Zum Punkt Sachorga wird dem Vorstand aufgegeben,
eine in längeren Zwischenräumen erscheinende fachwissen-
schaftliche Zeitschrift zu schaffen. Die Kritik am Sachorga
bezieht sich meistens auf die aggressive Art, wie das Sachorga
lokale Vorkommnisse aus Breslau behandelt hat, sowie auf
die Behandlung von Versammlungsberichten. Außerdem wird
die in einigen Artikeln vertretene Ansicht, die auf eine Beschränkung
des Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder hinauslaufen soll,
kritisiert.

In äußerst geschickter Weise wahrte Genosse Knoll den
Standpunkt der Redaktion. Er meint, er könne es doch nicht
jedem recht machen. Diejenigen, welche in der Steinseher-
Zeitung zum Worte kommen wollten, konnten dies ungehindert
tun. Und dies sei die Hauptsache.

Dann faßt die Generalversammlung nach langer Debatte
den Beschluß, daß auch in Zukunft Mitglieder, die sich in
Streik oder Aussperrung befinden, Wochenbeiträge in Höhe eines
Stundenlohnes zu zahlen haben. Weiter wird beschlossen, daß der Ver-
bandsrat sich in Zukunft zusammensetzen soll aus drei
besoldeten Zentralvorstandsmitgliedern, dem Vorsitzenden des
Ausschusses, sieben Gauleitern und einem aus jedem Gau zu
wählenden Delegierten.

Bei der Behandlung der Reichstarriffage äußern
zwei Gauleiter sehr eindringlich ihre Bedenken gegen die

Zentralisierungspolitik. Aus der Zentralisierungspolitik ent-
wickeln sich zentrale Kämpfe, bei denen das zentralisierte Unter-
nehmertum in Vorteil kommt. Für die Arbeiter seien Be-
wegungen für einzelne Städte oder kleine Bezirke am günstigsten.
Andererseits würde dann auch, wenn man einmal diesen Weg
beschritten, die Entwicklung beim Reichstarriff nicht stehen bleiben.
Wenn sich die Unternehmer mit den Bauindustriellen koalieren
würden, würden sie eines Tages einen Generaltarriff für
das ganze Baugewerbe präsentieren.

Der Zentralvorstand befaßt sich eingehend mit diesen
Einwendungen und vertritt die Meinung, daß die Entwicklung
selbst zum Reichstarriff hindrange.

Der Verbandstag beschließt, daß der Vorstand auch in Zu-
kunft auf die Verwirklichung eines Reichstarriffs hinarbeiten soll.
— Die Frage der Streiks und Lohnforderungen wird
in einer geschlossenen — Sitzung behandelt. Es wird be-
schlossen, daß die Mitglieder eines Streikgebiets, die während
Streiks und Aussperrungen nicht mit in den Kampf einbezogen
werden, sondern zu den alten Bedingungen weiter arbeiten
können, für jeden Arbeitstag während des Kampfes einen Extrabeitrag
in Höhe eines halben Stundenlohnes zu zahlen haben. Bei
umfangreichen Kämpfen wird der Vorstand ermächtigt, Extrabeitrag
für alle Mitglieder in Höhe eines Stundenlohnes pro
Woche auszuschreiben.

Die Verbandsbeamten werden wiedergewählt, der Sitz des
Verbandes bleibt in Berlin. Knoll wird als Delegierter zum
internationalen Kongreß in Kopenhagen gewählt. Der nächste
Verbandstag findet in Berlin statt.

Die Debatten waren äußerst sachlich, und die Reden der
Delegierten ließen erkennen, daß es bei den Steinsehern an
intelligenten Leuten nicht mangelt.

Bekanntmachungen des Zentral-
vorstandes.

Zur Delegiertenwahl!

Im 12. Wahlkreis: Dresden-Pirna und Umgegend
sind noch die Kollegen Gustav Beyer und Wilh. Steinicke
als Kandidaten aufgestellt.

Im 33. Wahlkreis ist der Kollege Erlacher-München als
Kandidat zurückgezogen.

In einigen Zahlstellen haben die Delegiertenwahlen bereits
vor dem festgesetzten Termin stattgefunden. Diese Wahlen
sind ungültig und ist die Wahl nochmals zu wiederholen.
Alle Wahlen müssen in der Zeit vom 7. bis einschließlich
den 20. April vorgenommen werden.

Die Wahlprotokolle sind in Laufe dieser Woche alle versandt
worden.

Die nachbenannten Steinarbeiter haben in Waldau im
Streikbruch begangen und sind deshalb aus dem Verbands laut
§ 3, Absatz 5, ausgeschlossen: 1. Wilhelm Künzler (Verb.-Nr.
40104); 2. Karl Wilhelm Künzler (Verb.-Nr. 40105); 3. Anton
Dobra (Verb.-Nr. 40106); 4. Josef Schidel (Verb.-Nr. 40123);
5. Wilhelm Koll (Verb.-Nr. 40124); 6. Heinrich Herber (Verb.-
Nr. 40125); 7. Fritz Stein aus Friedland (Verb.-Nr. nicht
bekannt, war zuletzt in Dortmund organisiert); 8. Stefan Ort-
seifen (Verb.-Nr. 40113); 9. Paul Dürbeck (Verb.-Nr. 40101).

Korrespondenzen.

Berlin. Am 31. März nahm die Sektion I Stellung zur
tariflichen Lage. Der Innungsaltgeselle erstattete Bericht über
die inzwischen mit der Innung stattgefundenen Verhandlungen.
Verhandlungen im eigentlichen Sinne können die Debatten übri-
gens nicht genannt werden, da es der Innung lediglich darauf
ankam, über die Dauer des ununterbrochenen verlängerten
Tarriffs ein Einverständnis zu erzielen. Unsere Forderungen, so-
weit sie die Erhöhung des Lohnes, die Verkürzung der Arbeits-
zeit und die Einführung des allgemeinen Tagelohns betrafen,
wurden strikte abgelehnt mit dem gleichzeitigen Vorschlage, die
jetzige Gültigkeitsdauer des Tarriffs auf zwei Jahre zu bemessen.
Derselbe Vorschlag lag auch vom Verband der Steinmehrgeschäfte
vor, der sich im übrigen bereit erklärte, auf der Grundlage des
bestehenden Tarriffs in Verhandlungen mit uns zu treten. Nach
reger Debatte gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Nach
Kenntnisnahme des Innungsvorschlages und dem des Verbandes
der Steinmehrgeschäfte von Groß-Berlin beauftragt die Ver-
sammelten ihre Vertreter, die Verhandlungen auf der Grundlage
des bestehenden Tarriffs fortzusetzen. Gleichzeitig beschließen die-
selben, die Bestimmungen des alten Tarriffs solange als zu Recht
bestehend zu betrachten, bis neue Vereinbarungen zwischen beiden
Korporationen getroffen sind.“ (Eine inzwischen stattgefundene
Sitzung beider Parteien hat den Ablaufstermin des Tarriffs bis
zum 15. April verschoben. Siehe Inserat. Der Berichterstatter.)
Die angebrochene Saison in der Grabsteinbranche gab dem Vor-
sitzenden Veranlassung zu der Aufforderung, energisch an die
Durchführung des Schritthauertarriffs heranzugehen, und über-
haupt jeden tariflichen Vertroß zwecks Abhilfe mitzuteilen. An
Stelle des von seinem Posten zurückgetretenen Kollegen Holzfaller
wählte die Versammlung den Kollegen Nitsche. Für diesen
wurde der Kollege Ruhe als Beisitzer gewählt.

Dresden. In der Steinarbeiterversammlung vom 24. März,
die sich mit eventuellen Anträgen zum Verbandstage sowie mit
den Vorschlägen der Delegierten beschäftigte, erklärte der Ver-
trauensmann, Kollege Seidel, in längeren Ausführungen die
Stellung der Verwaltung in der Frage der Beitragszahlung der
Hilfsarbeiter. Eine Erniedrigung der Beiträge werde nicht zum
Wohle des Verbandes führen, vielmehr einen Mitgliederchwund
zur Folge haben. Weiter behandelte Kollege Seidel die Erwerbs-
losenunterstützung. Wenn auch die Leistungen in der von der
Zentralleitung ausgearbeiteten Vorlage den Beiträgen keines-
wegs entsprechen, so müßte doch auf alle Fälle versucht werden,
etwas aus der Vorlage zu machen. Auch müßte die Erhöhung
der Streikunterstützung gefordert werden. In der Debatte wurde
gefordert, daß die Delegierten ganz entschieden für die Erwerbs-
losenunterstützung sowie für die Erhöhung der Streikunter-
stützung eintreten. Auch wird von verschiedenen Seiten die Ver-
längerung der Gemahregeltenunterstützung gefordert. Kollege
Seidel berichtete über den Fall Spitzbarth. (Ausschließung des
Vertrauensmannes von den Werkplätzen.) Unsere Unternehmer
hatten im vorigen Herbst beschlossen, dem Vertrauensmann den
Zutritt zu den Werkplätzen zu verbieten, eine Handlungsweise,
die den beiderseitigen Abmachungen aufs entschiedenste zuwider-
läuft. Die Kollegen nahmen damals zu dieser Angelegenheit
Stellung und beschloßen, ihr Recht in dieser Sache mit allem
Nachdruck zu fordern. Im Februar lagen bei der Firma Spitz-
barth Differenzen vor. Als nun dem Vertrauensmann der Zu-
tritt verweigert wurde, legten die Kollegen die Arbeit nieder.
Dies scheint den Herren Unternehmern klar gemacht zu haben,
daß sie ein derartiges Verbot nicht länger aufrechterhalten konn-
ten, denn sie beschloßen hierauf, das Verbot aufzuheben. Mehr
wie 20 Jahre haben hier die Unternehmer mit unsern Ver-
trauensleuten verhandelt und nun soll es auf einmal nicht mehr
gehen. Jeder, der nur halbwegs in der Gewerkschaftsbewegung
Bescheid weiß, wird wissen, daß sich die Arbeiter eine solche
Ausdrangierung ihrer Vertrauensleute nicht gefallen lassen. Die
Versammlung nahm einen harmonischen Verlauf.

Langensalza. Am 23. März 1910 fand im Schloßkeller unsere
Monatsversammlung statt. Beim ersten Punkt erstattete der
Delegierte Bericht von der Gaukonferenz. Eine Diskussion ent-
spann sich hierüber nicht. Beim 2. Punkt: Anträge zum Ver-
bandstag, wurden verschiedene Wünsche laut. Die Anträge wur-
den einstimmig angenommen. Das Abonnementgeld des
„Steinarbeiter“ für Nichtmitglieder soll erhöht werden; des-

gleichen die Reiseunterstützung, aber nur, wenn die Erwerbs-
losenunterstützung abgelehnt würde. Ferner wurde die Tätigkeit
der besoldeten Gauleiter scharf kritisiert. Verschiedene Redner
meinten, dieselben ganz abzuschaffen (?), wenn sie für die Zu-
kunft nicht bessere Erfolge erzielen. Desgleichen wurde die Lage
gefühlt über das Verhalten des Zentralvorstandes bei der Ar-
beitsniederlegung im November 1908. Beschlossen wurde, den
Verbandstag zu erlöchen, dem Zentralvorstand eine Mißbilligung
dafür auszusprechen. Im Punkt Verschiedenes wurde beschlossen,
der Freien Turnerschaft auf ihren Antrag eine Unterstützung
durch freiwillige Sammlung zukommen zu lassen. Es wurde auch
Kenntnis davon genommen, daß das Ortsgefescht für durch-
reisende Kollegen auf dem Werkplatz Reich ausbezahlt wird.

München. Für das Steinmehrgewerbe fanden am 20. März
vor dem Einigungsamte die Tarifverhandlungen statt. Der
Tarif wurde von beiden Seiten gekündigt. Die Arbeitnehmer
stellten eine Reihe von Forderungen (Arbeitszeitverkürzung und
Schnerhöhung). Die Arbeitgeber lehnten diese ab und erklärten
sich bereit, auf Grund des alten Vertrags zu verhandeln und
stellten entsprechende Erhöhung der Löhne in Aussicht. Sekretär
Bergmüller stimmte aber hier das alte Lied an: die Arbeitgeber
sind nicht mehr konkurrenzfähig infolge der hohen Löhne, selbst
der Staat habe seine Arbeiten (Verkehrsministerium, Zollge-
bäude und Postgebäude am Ostbahnhof) an auswärtige Firmen
vergeben, weil die Münchner Arbeiter zu teuer kämen usw. Ja,
er vertiefte sich zu der Behauptung, daß die Münchner Unter-
nehmer die Arbeiten für das Deutsche Museum geradezu her-
schenken müssen. Mittenmeier-Regensburg erwiderte, daß die Ar-
beiter nichts zu verschonen haben und entsprechend der gegen-
wärtigen Feuerung auch höhere Löhne haben müssen. Nach
wiederholten Beratungen machte Gerichtsdirektor Dr. Brenner
den Vorschlag, den alten Tarif um weitere drei Jahre zu verlän-
gern mit der Maßnahme, daß der Stundenlohn sofort und das
nächste Jahr um je 2 Pfg. und das dritte Jahr um einen weiteren
Pfennig erhöht werde. Nach längerer Debatte erklärten sich die
beiden Parteien bereit, diesen Vorschlag ihren Versammlungen zu
unterbreiten.

Weihenstadt. Am 19. März fand unsere Monatsversamm-
lung statt. Hauptzweck der Versammlung war: Stellungnahme
zum Verbandstage. Nach längerer Aussprache kamen die An-
wesenden dahin, den Kollegen Kiefling als Kandidaten des 37.
Wahlkreises zum Verbandstag aufzustellen. Auch wurde die
Erwerbslosenunterstützungsvorlage etwas unter die Lupe ge-
nommen. Hauptächlich wurden die Leihim im „Steinarbeiter“
erschienenen Artikel besprochen. Bei Durchführbarkeit der ge-
nannten Unterstützung ist unbedingt eine starke Beitrags-
erhöhung nötig. Das kann ja in den Großstädten durchgehen,
wo die meisten Kollegen eine bessere Lohngestaltung haben, kom-
men wir aber in die Bruchdistrikte mit einer so enormen Bei-
tragserhöhung, dann ist jeder Fortschritt unmöglich. Zum Bei-
spiel hier in Weihenstadt können wir in 12 Arbeitstagen 15 bis
25 Mk. verdienen. Da könnten wir sehen, wenn die Erwerbs-
losenunterstützung in Eisenach wirklich durchginge, was für eine
Mitgliederflucht auf dem flachen Lande eintreten würde. Zum
Schluß wurde vom Vorsitzenden der Antrag gestellt, noch einmal
mit der Hausagitation einzufehen, um die indifferenten Kollegen
zu gewinnen.

Oberpeisan. Die am 22. März stattgefundene Versammlung
war sehr gut besucht. Ueber die Aufgaben des nächsten Ver-
bandstages sprach Kollege A. Staudinger. Seine Ausführungen
wurden mit großem Interesse entgegengenommen. Dann schritt
man zu dem Punkt Tarifbindung. Die Meinung der Kollegen
kam einmütig dadurch zum Ausdruck, daß der Tarif gekündigt
wurde. Kein Mensch kann verlangen, daß der Tarif nochmals
drei Jahre weiterlaufen soll, ohne daß eine Erhöhung eintreten
würde. Wir hoffen aber, daß die einzuleitenden Verhandlungen
in friedlicher Weise ihre Erledigung finden. Für die Granit-
schleifer muß ebenfalls ein Tarif zustande kommen. Für diese
Branche besteht der wilde Afford noch. — In der Debatte wurde
hauptsächlich verwiesen, daß der Stand der Zahlstelle ein guter ist,
namt werden kann. — Hoffentlich hält die Hochhaltung der
Kollegialität auch in Zukunft an.

Wettig-Radwitz. Am 24. März fand hier eine allgemeine
Steinarbeiterversammlung statt. Es machte sich für die hiesige
Zahlstelle die Neuwahl eines Ortskassierers nötig. Unser lang-
jähriger, sehr verdienstvoller Kassierer, Kollege Hartmann,
legte sein Amt als solcher nieder. Diese Wahl war mit einigen
Unstufen verbunden, da sämtliche in Vorschlag gebrachten Kol-
legen die Wahl ablehnten. Es wurde dann unser Vorsitzender,
Kollege Deinhardt, als Kassierer und Kollege Krebs als Vor-
sitzender gewählt. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten
machte ein Kollege der Versammlung die Mitteilung, daß er von
dem Hirsch-Dunderschen Vorsitzenden aus Warthau eine Post-
karte erhalten habe. Der betreffende Kollege wurde ersucht, seine
Wohnung zu einer Besprechung herzugeben. Diefelbe hat auch
stattgefunden, und haben einige Kollegen daran teilgenommen.
Da den Hirschen bei unserer Aussperrung im Schlesienschen Sand-
steingebiet die Sperrgelder von ihrer Organisation voll und ganz
bewilligt wurden, unsere Kollegen aber von der Zentrale abge-
wiesen wurden, so glauben die Hirsch-Dunderschen, sie hätten or-
ganisatorische Chancen. Dieses Mittel benutzen nun jetzt die
Hirsche und treiben eine rege Agitation unter unsern Mitgliedern.
Die hiesigen Kollegen haben aber bald herausgefunden, daß das
Mittel stark jesuitisch riecht. Ein kleiner Entrüstungssturm ging
durch die Versammlung, als unser Vorsitzender den Kollegen die
Taktik der Hirsche auseinandersetzte. Von den organisations-
treuen Kollegen wurden dieselben nicht gerade mit Kosennamen
belegt, und hätten die Hirsche den Mut befehlen, in unserer Ver-
sammlung zu erscheinen, sie hätten eine gehörige Abfuhr erleben
können, die ihnen sehr lange in den Ohren klingen würde. Da
die Hirsche beabsichtigen, hier noch eine Geheimtätigkeit abzuhalten,
wurden die Kollegen vom Vorsitzenden ermahnt, trotz der er-
littenen Schlappe fest an unserer Organisation zu halten, damit
die hiesige Zahlstelle ihren alten Platz behalte.

Rundschau.

Eine Lohnzulage gewährt Herr Nathan Schall den Pflaster-
steinmachern in Strehlen. Schall ließ folgenden Kwas in sei-
nen Betrieben ansetzen:

Lohnerhöhung.

Von der ab 21. d. M. laufenden Lohnperiode erhöhen wir
die Löhne in den Strehleener städtischen Steinbrüchen wie folgt:
Sämtliche Pflastersteinboffierer (Fußer) erhalten eine Lohn-
erhöhung von 50 Pfg. pro Quadratmeter bei sämtlichen boffierten
Pflastersteinarten.

Die Brecher erhalten die gleiche Erhöhung pro Quadrat-
meter in denjenigen Lagen, wo sie die Pflastersteine auch fertig
putzen, extra Fußer also nicht beschäftigt werden, und in den
andern Lagen, wo auch Fußer besonders beschäftigt werden, er-
halten die Brecher eine Lohnerhöhung von 25 Pfg. pro Quadrat-
meter gegen jetzt.

Diese Erhöhungen erhalten jedoch nur diejenigen Arbeiter,
welche nicht blau machen und die vorgeschriebenen Arbeitszeiten
pünktlich einhalten.

Neuanmeldungen von Steinarbeitern (Brecher und Bos-
fierer) haben im Bruchkontor oder bei den Bruchmeistern zu er-
folgen.

Strehlen, 14. März 1910.
Verwaltung der Strehleener Stadt- und Ströbeler Granitbrüche.
N. Schall.

Herr Schall befürchtet wahrscheinlich, daß es endlich die
Strehleener Kollegen satt haben würden, zu den bisherigen
niedrigen Löhnen zu arbeiten. Selbstverständlich erhoffen unsere
Kollegen in Ströbel, welche bei demselben Unternehmer be-
schäftigt sind, die gleiche Lohnzulage.

Ein Normaltarif für Sachsen in Sicht. Die Sandstein-Geschäftsinhaber im Königreich Sachsen sind nun gewillt, einen Normaltarif mit den organisierten Steinarbeitern abzuschließen. Die Unternehmer haben einen solchen Tarif entworfen. Der Auf- bau lehnt sich an den Leipziger Tarif an. Zwischen den Ver- tretern der beiden Verbände werden in Kürze Verhandlungen stattfinden, damit das Tarifmuster noch ausgearbeitet werden kann. In unsern sächsischen Bezirken, soweit die Sandsteinindustrie in Frage kommt, sind bereits die Kommissionsmitglieder ernannt. — In Sachsen bestehen mit die ältesten Lokaltarife. Es hat lange genug gedauert, bis sich die Unternehmer dazu herbeiließen, den Normaltarif nun doch einmal aufs Tapet zu bringen.

Internationaler Straßenbaukongress. In Brüssel findet vom 31. Juli bis 7. August 1910 der II. internationale Straßenbau- kongress statt. Mit demselben ist ebenfalls eine Ausstellung sämt- licher Straßenbauzeugnisse verbunden. — Ob sich die deutschen Granitindustriellen auf dieser Ausstellung etwas mehr rühren, als wie im Vorjahre in Leipzig, bleibt abzuwarten.

Der Verband der Granitsteineure hielt am 8. und 9. März in Weimar seine erste Mitgliederversammlung ab. Ueber die Verkaufsbedingungen referierte **Neusch-Selb**; die Pflaster- steinpreise behandelte **Jahn-Berndt**. Ueber die Beschaffung künstlerischer Entwürfe sprach der Architekt **Juchacz-München**; er plädierte auch dafür, daß ein gemeinsamer Katalog zur An- schaffung gelangen soll. — Weiter wird gemeldet, daß die 50 größten Firmen der Branche der neuen Organisation angehören.

Granitindustrie und Kunstgewerbe. Unter dieser Stich- marke bringt die „Steinindustrie“ einen Artikel. In den Aus- führungen wird ebenfalls auf die neue Stilrichtung Bezug ge- nommen. An einer Stelle heißt es: „Kein vernünftiger (Grab- mal-)Fabrikant wird etwas anfertigen lassen, was ihm ent- weder nicht bestellt ist oder von dem er nicht mit großer Wahr- scheinlichkeit annehmen kann, daß es ihm infolge seiner zeit- gemäßen Beschaffenheit bald abgekauft werde.“ Wenn der Kunstschritsteller — von Weba die Gebrüder in der Denkmal- fabrikation kennen würde, so hätte er diesen Reinigungsversuch gegenüber den Unternehmern nicht schreiben können. Es ist doch jattiam bekannt, daß nur nach dem Katalog produziert wird, und die Reisenden sehen die Denkmäler, welche sich untereinander wie ein Ei dem andern gleich sind, haufenweise ab. Allerdings werden Denkmäler auch direkt bestellt, das aber ist bloß eine Ausnahme.

Submissionen. In den nächsten Tagen werden vergeben: Posen: 8000 Quadratmeter Pflasterst.; Breslau (Rhein- land): 2350 Quadratmeter Basaltkavapflasterst.; Boreck (Weißf.): die Steinmearbeiten zur Volksschule; Frank- furt a. M.: die Steinmearbeiten zur Realschule; Wilhelmshä- fen: 4000 Quadratmeter Pflasterst.; Drunsbüttel- freg: 11700 Quadratmeter Pflasterst.; Stralsund: 2700 Quadratmeter Pflasterst.; Hannover (Eisenbahndirektion): 100 Kubikmeter Werksteine; Neuh: Steinmearbeiten für das Museum; Bremen: 2500 Quadratmeter Pflasterst.; Guben: 8000 Quadratmeter polygonale Pflasterst.; Węgierski: Steinmearbeiten für das Eisenbahndienstwohngebäude; Glogau: die Sandsteinarbeiten zum Neubau des Gym- nasiums; Herbede: die Steinmearbeiten für die 18klassige Volksschule; Selsenkirchen: 1000 Quadratmeter gut ge- arbeiteter Blendstein aus Muschelkalk. — Mit der Vergabung umfangreicher Steinmearbeiten sieht es immer noch un- günstig aus.

Submissionsblüte. Die Breslauer Eisenbahnbetriebsinspek- tion vergab ein größeres Quantum Granitkopfteine. Es forderten per Tonne:

Holzammer, Berlin . . .	4.20 Mk.
Bölter, Strehlen . . .	5.20 "
Kulmig, Striegau . . .	6. — "
G. Rudolf, Breslau . . .	7.50 "

Die Differenzen sind doch recht bedenkliche zu nennen.

Wadlig steht es mit der Elblandsteinindustrie, Aktiengesell- schaft, zu Dresden. Am 18. April findet in Dresden Generalver- sammlung statt. Das Aktienkapital soll herabgesetzt, eventuell die Liquidation beschlossen werden. Dieses Arrangement zeigt recht deutlich, daß die Aktiengesellschaft nicht auf Rosen ge- bettet ist.

Verkauf eines Steinmearwertplatzes. In Bunzlau (Schlesien) ist der bekannte Schillingische Steinmearwertplatz ver- kauft worden. Die vorhandenen Krähne werden anderweitig aufgestellt. Die Aufgabe des großen Wertplatzes ist auch ein Beweis dafür, daß in Schlesien die Sandsteinindustrie von ihrer alten Bedeutung sehr viel eingebüßt hat.

Die Wiederbetriebstellung des Basaltwerks Fischbach (Sachf.-Weim.) soll in den nächsten Wochen perfekt werden.

Die Marmoreinfuhr hat im Jahre 1909 etwas nachgelassen. Die Einfuhr in den letzten 3 Jahren stellt sich folgendermaßen.

Einfuhr in Doppelzentnern:			
	1907	1908	1909
aus Belgien	37 195	45 363	22 372
„ Griechenland	19 995	18 608	15 332
„ Italien	434 651	404 030	383 513
„ Oesterreich-Ungarn	45 976	54 191	52 881
Zusammen: 548 080	532 462	481 981	

Besonders fällt der Rückgang der Einfuhr aus Italien auf, Oesterreich-Ungarn hat sein Absatzgebiet in Deutschland so ziemlich halten können.

In Ströbel (Schlesien) entschieden bei der letzten Gemein- de-ratswahl unsere Verbandskollegen den Sieg für die sozialistischen Kandidaten. Bravo!

Die Christlichen wollen im bayrischen Walde ihre ehemalige Position wiedererobern. Die dortigen Steinarbeiter wollen aber von diesen Maulhelden nichts wissen. In Blaubeurg hat ein ge- wisser Schwarz wiederum nachgewiesen, daß unser Verband arbeiterschädigend wirkt. — Schwarz scheint recht krank zu sein.

Steinhauerspitze mit auswechselbaren Stahlschneiden. Die Zweifelspigen, die zum Bearbeiten des Sandsteins und Muschelkalks Verwendung finden, sollen nun auch eine technische Verbesserung erhalten. Herr Bibisch in Zwickau hat sich auswechselbare Stahlschneiden patentieren lassen, welche nach unserer Meinung sehr praktisch sind. Die Konstruktion ist sehr einfach und hat eine große Nehmlichkeit mit den auswechselbaren Stochkammern, die vor Jahren die Firma Bartisch-Striegau auf den Markt brachte.

Von einem Steinblock erschlagen. In Wettelesheim bei Treuchtlingen wurde der 25jährige Karl Auer beim Abladen eines etwa 30 Zentner schweren Steins bei einer unglückseligen Wendung erschlagen.

Schwerer Unfall. Zwei Arbeiter des Granitwerkes Müller in Obermichelbach bei Waldmichelbach wurden durch nachstürzende Gesteinsmassen verunglückt und tot hervorgezogen. Wahr- scheinlich wurden die Steinwände zu stark unterhöht.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 21. bis mit 26. März 1910. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Bei- tragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbs- losenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Strasburg, K. 36.50.	Weglar, B. 18.40.	K. 1.85.	Ober- mörten, B. 46.—.	K. 10.—.	Königsutter, B. 92.—.	E. 3.—.	Riel, B. 0.93.	Gotha, B. 92.—.	K. 5.80.	Faulbach, B. 42.—.	Erfurt, B. 184.—.	K. 0.50.	Roblenz, B. 32.20.	K. 2.30.	Brüd., B. 121.60.	K. 3.90.	Berndt, B. 158.34.	E. 5.—.	K. 2.20.	Seebach, Div. 2.50.	Schrems, Ab. 4.80.	Rudolfsbad, B. 8.25.	Niederoderwitz, B. 4.40.	Finstertal, B. 3.30.	Süßen, B. 4.40.	Ebingen, B. 3.20.	Spandau, K. 1.40.	Ferichow, B. 6.60.	Kräpfa, B. 1.60.	Ipshoe, B. 1.60.
----------------------	-------------------	----------	------------------------	----------	-----------------------	---------	----------------	-----------------	----------	--------------------	-------------------	----------	--------------------	----------	-------------------	----------	--------------------	---------	----------	---------------------	--------------------	----------------------	--------------------------	----------------------	-----------------	-------------------	-------------------	--------------------	------------------	------------------

Sameln, B. 5.50.	Rheine, K. 0.60.	Seuthen, Ins. 5.—.	Grimma, B. 105.—.	K. 3.—.	Meißen II, B. 210.—.	Niedermerdingen, B. 76.—.	Osabrück, B. 92.—.	K. 10.—.	Königsberg, B. 92.—.	Einbeck, 92.—.	Div. 2.50.	Diez, Ins. 2.80.	Gleiszellen, B. 2.20.	Elms- horn, B. 1.10.	Zerbst, B. 2.20.	Vimburg, B. 3.10.	Bergheim, B. 4.50.	Dittelsbach, B. 2.25.	Leipzig, K. 0.70.	Neferitz, Ins. 1.60.	Stebenbrunn, B. 5.—.	Wilsleben, B. 30.40.	K. 9.40.	M. 0.20.	Bunzlau, B. 220.—.	K. 40.—.	Rugberg, B. 38.—.	K. 8.—.	Raum- burg, B. 59.80.	E. 0.50.	K. 10.20.	Bochum, B. 13.80.	K. 1.20.
------------------	------------------	--------------------	-------------------	---------	----------------------	---------------------------	--------------------	----------	----------------------	----------------	------------	------------------	-----------------------	----------------------	------------------	-------------------	--------------------	-----------------------	-------------------	----------------------	----------------------	----------------------	----------	----------	--------------------	----------	-------------------	---------	-----------------------	----------	-----------	-------------------	----------

Eingegangene Gelder vom 28. März bis mit 2. April 1910.

Weißenfels, B. 11.15.	Reine, B. 3.40.	Brauna, Ins. 5.60.	Bensheim, B. 67.20.	E. 5.—.	K. 2.40.	Blankenburg, B. 23.—.	K. 5.—.	M. 2.50.	Frankfurt a. M., E. 10.—.	K. 30.—.	M. 5.—.	Gotha, B. 13.80.	E. 0.50.	K. 5.95.	Häufigt, B. 661.50.	E. 11.—.	K. 16.70.	Hemsbach, B. 92.—.	Kirnbach, B. 84.—.	Sangelshelm, B. 97.02.	K. 9.90.	M. 0.40.	Scheffeln, B. 123.50.	K. 8.60.	Rüneburg, B. 35.70.	K. 0.30.	Ranzenfeld, B. 40.92.	E. 1.—.	K. 1.80.	Wittweida, B. 438.90.	K. 1.10.	M. 1.—.	München, B. 276.—.	K. 24.—.	Müllersbach, B. 68.40.	E. 3.50.	K. 3.80.	Meißen I, B. 50.14.	E. 10.—.	K. 40.—.	Dörsenfurt, B. 46.—.	K. 12.80.	Sulzfeld, B. 228.—.	K. 40.—.	Seuffen, B. 420.—.	K. 19.75.	Schopplach, B. 38.—.	K. 3.80.	Stettin, B. 92.—.	K. 10.—.	Ströbel, B. 627.14.	E. 13.50.	K. 41.50.	Unsen, B. 210.—.	K. 4.85.	Wolgast, B. 92.—.	Wolfschagen, B. 16.80.	K. 1.95.	Zwickau, B. 164.75.	K. 10.—.	Rüders, B. 131.56.	E. 3.75.	K. 4.10.	Blauen, B. 39.—.	Nebra, K. 3.—.	Maulbronn, B. 17.10.	K. 0.90.	Wainz, B. 115.—.	K. 8.75.	Leipzig, B. 736.—.	K. 129.50.	Königsutter, B. 141.68.	K. 11.70.	M. 0.20.	Kronach, B. 42.94.	E. 0.50.	K. 23.70.	Kaiserslautern, K. 10.—.	Div. 2.50.	Konstanz, B. 10.50.	K. 1.50.	Halle, B. 119.15.	K. 10.60.	Gohmannsdorf, E. 2.—.	K. 10.—.	Freiburg, B. 92.—.	Edartshausen, B. 49.40.	K. 7.80.	Oberbach, B. 203.80.	E. 12.75.	K. 6.20.	Damberg, B. 97.44.	E. 2.50.	K. 30.—.	M. 0.40.	Beucha, B. 717.06.	K. 12.40.	Kumtzen, B. 114.—.	E. 5.25.	K. 10.—.	Burghausen, K. 1.30.	Großhennbach, Ins. 1.60.	Rothenburg, Ins. 3.20.	Weißenfels, B. 7.15.	Stargard, B. 3.05.	Schönebeck, B. 1.60.	Brandenburg, B. 75.90.	K. 0.60.	Markt- breit, B. 21.16.	K. 2.10.	Neujarg, B. 138.—.	E. 2.—.	K. 10.—.	Nördlingen, B. 86.02.	E. 1.—.	K. 7.40.	Lebach, B. 90.30.	K. 3.10.	Sebnitz, B. 168.84.	E. 2.—.	K. 10.80.	M. 0.75.	Wünschelburg, B. 81.42.	E. 0.50.	K. 26.70.	M. 0.40.	Peppenheim, B. 189.—.	Leopoldstal, 22.96.	Meißen II, B. 294.—.	Leipzig (Glaubitz), B. 5.50.	Stenburg, B. 3.10.	Hinterhain, K. 1.40.	Lorzgau, B. 2.20.
-----------------------	-----------------	--------------------	---------------------	---------	----------	-----------------------	---------	----------	---------------------------	----------	---------	------------------	----------	----------	---------------------	----------	-----------	--------------------	--------------------	------------------------	----------	----------	-----------------------	----------	---------------------	----------	-----------------------	---------	----------	-----------------------	----------	---------	--------------------	----------	------------------------	----------	----------	---------------------	----------	----------	----------------------	-----------	---------------------	----------	--------------------	-----------	----------------------	----------	-------------------	----------	---------------------	-----------	-----------	------------------	----------	-------------------	------------------------	----------	---------------------	----------	--------------------	----------	----------	------------------	----------------	----------------------	----------	------------------	----------	--------------------	------------	-------------------------	-----------	----------	--------------------	----------	-----------	--------------------------	------------	---------------------	----------	-------------------	-----------	-----------------------	----------	--------------------	-------------------------	----------	----------------------	-----------	----------	--------------------	----------	----------	----------	--------------------	-----------	--------------------	----------	----------	----------------------	--------------------------	------------------------	----------------------	--------------------	----------------------	------------------------	----------	-------------------------	----------	--------------------	---------	----------	-----------------------	---------	----------	-------------------	----------	---------------------	---------	-----------	----------	-------------------------	----------	-----------	----------	-----------------------	---------------------	----------------------	------------------------------	--------------------	----------------------	-------------------

Ausweis über zurückgeandtes Material vom 1. Januar bis 31. März 1910.

Ludwigshafen, 40 B.	Baumholder, 355 B.	34 K.	Eßers- hausen, 135 K.	40 X.	Neustadt a. S., 18 B.	9 K.	Pappenheim, 424 B.	34 E.	2 K.	Penig, 147 B.	5 E.	2 Erf.	81 K.	Eppingen, 198 B.	6 E.	80 K.	Saßlich, 334 B.	144 K.	Altenglan, 11 B.	1 K.	Kassel, 10 E.
---------------------	--------------------	-------	-----------------------	-------	-----------------------	------	--------------------	-------	------	---------------	------	--------	-------	------------------	------	-------	-----------------	--------	------------------	------	---------------

Ludwig Geist, Kassierer.

Zur Beachtung.

Bei den Prüfungen der Vierteljahrabrechnungen resp. bei der Revision machte sich leider ein Unbestand bemerkbar, dem sehr leicht abgeholfen werden kann. Die Kassierer oder Vor- sitzenden, welche die Kassengeschäfte der Zahlstellen leiten, unter- lassen es sehr häufig, daß sie die Belege für verrechnete Franken-, Maßregelungs- oder sonstige Unterstützung, welche sie vom Haupt- kassierer, Kollegen Geist, zwecks Unterschrift erhalten, nicht wieder zurücksenden. Für die Revisoren entsteht dadurch viele

unnütze Arbeit. Um diese zu vermeiden, werden die betreffen- den Kollegen ersucht, die Belege sofort an Kollegen Geist einzu- senden.

Im Auftrage der Revisoren:
Wilh. Schünfeld,
Leipzig-Kleinziechauer, Miltitzer Straße Nr. 9.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Beucha. Alle Zureisenden haben sich sofort beim Vertrauens- mann Albert Schlegel, Konsumverein, Bahnhofstraße, zu melden. Die Ortsverwaltung.

Damberg. Reiseunterstützung zahlt aus Magnus Ramer, Hinterm Bach 5. Die Auszahlung geschieht zwischen 6 und 8 Uhr abends und Sonntags zwischen 10 und 1 Uhr.

Gotha. Die Vertrauensleute werden ersucht, uns die Adresse des Granitschleifers Max Schröder bekanntzugeben. Es handelt sich um eine wichtige Angelegenheit. Die Ortsverwaltung.

Kappelrodek. Dem Kollegen Johann König aus Harz- brunnn (Oberfranken) ist keine neue Karte auszustellen, indem er hier seine Interimskarte in größter Unordnung liegen ließ. Vor dem Genannten werden sämtliche organisierte Kollegen ge- wartet. Die Ortsverwaltung.

Reichenbach (Odenwald). Der Kollege Johann Leopold, geboren am 21. Januar 1892 zu Weißentadt (Verb.-Nr. 16694), ist hier abgereist und hat sein Buch in Unordnung zurückgelassen. Wir ersuchen denselben, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Ortsverwaltung.

Adressen-Änderungen.

Brandenburg a. S. Vorf. und Kass.: Ernst Schneiderei, Werderstraße 22, pt. Die Reiseunterstützung wird vom Kassierer von 12—1 und von 6—7 Uhr ausgezahlt.

Sulzfeld. Kass.: Chr. Schmidt.

Oberbach. Vorf. und Kass.: Georg Schmidt, Redarstraße 22.

Königsutter. Vorf.: Herm. Hennig, Westernstraße 28.

Rühheim-Broich. Kass.: Gottfried Deppen, Feldstraße 11.

Kaiserslautern. Kass.: Jos. Kettenbaum, Sandgraben- straße 1.

Briefkasten.

G. in R. Euer Wunsch wäre schon längst erfüllt, aber der Ort ist zu unglücklich gelegen. Vielleicht klappt einmal ganz unerwartet. — **Steinbrecher.** Ueber das Schmelz-, Laffen- und Kesselschmelzen sind von der Steinbruchs-Vereinsgenossenschaft bestimmte Vorschriften erlassen. Der Steinbruchsbelegter hat diese Vorschriften unverzüglich auszuhängen. — **N.** Darüber ist uns eine Abhandlung nicht bekannt. — **Tittling.** In der Zentrale liegt das Buch des Kollegen N. nicht. — **Herbede.** Kofiet 1.20 Mk. — **D. B.** Für die Granitpuger gilt der § 9 der Bundesratsverordnung nicht. — **München.** Als Ersatzmann gilt, wer die zweithöchste Stimmenzahl erreicht hat. — **Frank- furt.** 1.20 Mk. — **Leonhard.** In der fraglichen Angelegenheit hat bereits Kollege R. berichtet. Deine Darstellung deckt sich mit dem eingekommen Bericht, siehe die Nr. 14. Besten Gruß. — **Fr.** Der Markenzahl nach steht dir Invalidentrente zu. Ob die übrigen Voraussetzungen zutreffen, können wir natürlich nicht entscheiden. — **G. S.** Bei so verwickelten Prozessen muß man die Akten gelesen haben. Nimm am besten den Vergleich an. Denke an das Sprichwort vom Sperling in der Hand und von der Taube auf dem Dache. — **B.** Wir haben in Hamburg an- gefragt. Im übrigen erscheint der „L'Operaio“ allwöchentlich.

Anzeigen

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin.

Dienstag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr

Ausserordentl. Versammlung der Sektion I (Bau- und Grabsteinbranche)

in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.

Tagesordnung: Stellungnahme und eventuell end- gültige Beschlußfassung in der Tariffrage.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! — Vollzähliges Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter der Lausitz!

Sonntag, den 10. April, nachmittags Punkt 3 Uhr, findet in **Schönes Gasthof** in **Ober-Neukirch** für die Orte **Dankau, Bischofswerda, Demitz-Thumitz, Neukirch, Lauter- walde** und **Schirgiswalde** eine öffentliche Bezirks- versammlung statt. — Die Tagesordnung lautet: 1. Die Situation der deutschen Gewerkschaften. Referent: Gauleiter Jahn. 2. Der bevorstehende Verbandstag in Eisenach.

Die auswärtigen Kollegen werden auf **Bahnhof Ober-Neukirch** zu den Zügen 2.44 Uhr und 2.55 Uhr empfangen. Die betreffenden Kollegen sind durch rote Schleifen kenntlich. Der Einberufer.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.
Lieferung sofort!

In unübertroffen einfacher

und klarer Weise lehren die Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld: **Steinmetzmeister, Strassenbautechniker, Polier, Bau- techniker** das an den betr. Fachschulen gelehrt Wissen, dessen man zur Erlangung höherer Stellen resp. zur Ablegung einer Prüfung bedarf. Glänzende Erfolge. Dankschreiben. Ansichtssendungen. Kleine Teilzahlungen.

Bonness & Hachfeld, Potsdam-W.18.

Steinmetzgeschirr, Winkel, Zirkel usw. sind sehr billig zu verkaufen. Dresden, Burgstraße 13, II. R.

Schürzen

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Suche sofort einen

Steinmetzen

der Granitschrift hauen kann u. in Sandsteinarbeiten firm ist.

H. Iversen, Sonderburg (Schleswig-Holstein).

Tüchtige Steinbrecher u. Pflastersteinarbeiter

sof. gesucht. — Ebenso ein tücht. Schmied z. Geschirrschärfen.

Granitwerk Bautzen
Robert Berndt Söhne
Steinbruch auf der Gummel bei Seidau.

Tüchtiger Steinmetz

welcher mit allen Grabsteinarbeiten vertraut ist und auch Granitschrift hauen kann, wird sofort eingestellt.

A. Nocke, Bildhauer und Grabsteingeschäft
Rothenburg (Ober-Lausitz).

Max Arbogast

geb. 1878 in Waiblingen (Württemberg), wird um sofortige Angabe seiner Adresse an Unterzeichneten ersucht. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Johann Eisemann
wo steckst Du? Es sucht Dich Peter Buhr (Seehund), Herdecke, Wetterst. 54.

Franz Beck aus Erbshausen, wo bist Du? Es sucht Dich Dein Bruder Joseph in Frankfurt a. M., Saalburgstr. 38, III.

Gestorben.

In Berlin am 28. März der Kollege Otto Köpfe, 38 Jahre alt, an Gehirnschlag.
In Gunnersdorf bei Dresden am 29. März der Kollege Otto Schulze, 41 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Düsseldorf am 29. März der Kollege Johann Hoven, 42 Jahre alt, an Lungentzündung.
In Kelmheim am 31. März der Kollege Georg Ham- müller, 40 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Posen am 28. März der Kollege Adalbert Bog- tyszkiowia, 39 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Zehista (Zahlstelle Pirna) am 3. April der Kollege Gustav Paul Günther, 31 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Anträge zur 4. Generalversammlung in Eisenach.

Zum 2. Punkt: Bericht des Vorstandes,

b) Kassenbericht, beantragt:

1. Stuttgart, Straßburg: Der Vorstand wolle beschließen, daß die namentliche Aufführung der Mitglieder in den Quartalsabrechnungen in Wegfall kommt.
2. Stuttgart: Eventuell nur bei der Jahresabrechnung zu bringen ist.
3. Köln a. S.: Das in verschiedenen staatlichen Instituten angelegte Verbandsvermögen ist zu erheben und bei der Abrechnung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu beportieren.
4. Ströhlen, Gaukonferenz 2. Gau: Um den Gauleitern eine bessere Information über die Kassenverhältnisse der einzelnen Zahlstellen zu ermöglichen, erhalten die Dreiklassiger Abrechnungsschemata in kleinem Format, die wahrheitsgetreu auszufüllen und der Gauleitung zu übermitteln sind, von den Zahlstellen.

c) Presse, beantragt:

5. Gotha: Arbeitsangebote sind im Steinarbeiter nicht mehr aufzunehmen, eventuell nur dann, wenn die betreffende Ortsverwaltung der Zahlstelle damit einverstanden.
6. Nürnberg: Arbeitsangebote sind im Steinarbeiter nicht mehr aufzunehmen; zum mindesten ist das Wort „jüngere“ bei den Arbeitsinseraten auszufallen, da es den älteren Kollegen sonst überhaupt nicht möglich ist, Arbeit zu erhalten.
7. Döhlenburg, Sulzfeld: Der Steinarbeiter soll in der Zeit vom 1. Dezember bis zum 1. März jeden Jahres 8seitig erscheinen, da in dieser Zeit die meisten Generalversammlungen der Zahlstellen stattfinden und in jeder Nummer zu lesen ist: Mehrere Artikel müßten wegen Raummangel zurückgestellt werden.
8. Heidingsfeld: Das Fachblatt ist so zu gestalten, daß den Zahlstellen bei Einbringung von Berichten und Artikeln mehr Rechnung getragen wird.
9. Sulzfeld: Die Berichte bzw. Artikel sollen nicht zu sehr gekürzt werden.
10. Kappelrodt: Die Redaktion des Operato Italiano ist von Hamburg nach Karlsruhe zu verlegen, weil die meisten Mitarbeiter in Süddeutschland beschäftigt sind.
11. Langensalza: Das Abonnementgeld des Steinarbeiter für Nichtmitglieder ist vierteljährlich auf 2.40 Mk. festzusetzen.

Zum 3. Punkt: Erwerbslosenunterstützung, beantragt:

12. Dresden-Pirna: Die Erwerbslosenunterstützung ist einzuführen.
13. Münster i. Westf.: Um einen Reservefonds für die später einzuführende Erwerbslosenunterstützung anzulegen, soll eine Extraeremarie à 50 Pfg. eingeführt werden, deren Khebung freiwillig ist.
14. Jechenbach: Bei Einführung der Erwerbslosenunterstützung sind die Beitragsklassen aufzuheben und der Beitrag prozentual nach dem Arbeitsverdienst zu leisten. Die Höhe des Prozentsatzes stellt der Verbandstag fest.
15. Ebersbach, Blankenburg, Aue, Göttingen, Augsburg, Mittweida, Hamburg I, Nürnberg, Gaukonferenz des 9. Gaues, Jechenbach: Eruchen den Verbandstag mit Rücksicht auf die Agitation, der äußerst minimalen Entlohnung der Berufsdiskrete, von der Einführung der Erwerbslosen- bzw. Arbeitslosenunterstützung Abstand zu nehmen.

Zum 4. Punkt: Tarifwesen und Streikstatistik, beantragt:

16. Raumburg: Der Vorstand darf das Recht nicht haben, eine Sperre aufzuheben, bevor er sich nicht mit der in Frage kommenden örtlichen Verwaltung in Verbindung gesetzt hat.
17. Bunsau: Treten Zahlstellen in Lohnbewegungen ein, so hat der Gesamtverband mindestens eine Woche vor Ablauf des Tarifes den Kollegen mitzuteilen, ob sie bei ablehnendem Verhalten der Unternehmer in den Streik eintreten dürfen oder nicht.
18. Bunsau: Wenn der Vorstand über Lohnbewegungen berätet, so ist aus den in Frage kommenden Orten ein Mitglied hinzuzuziehen.
19. Langensalza: Der Verbandstag wolle dem Vorstand eine Klage erteilen wegen seines Verhaltens bei der Arbeitsniederlegung im November 1908 in Langensalza.
20. Gaukonferenz I. Gau: Bei Verhandlungen über Einführung eines Normaltarifs für die Granitsteleisereien Deutschlands ist besonderer Wert darauf zu legen, daß bei den Steinmetzen das Schärfer des Gehalts und bei den Schleifern das Materialkaufen abgehandelt wird.

Zum 5. Punkt: Organisation, beantragt:

21. Hamburg I und II, Kirchheim, Bremen, Bunsau, Rothenburg a. T., Heidingsfeld: Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, zwecks Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband in Verbindung zu treten.
22. Stuttgart: Der Vorstand wird beauftragt, einen Kartellvertrag mit dem Maurer- bzw. Bauarbeiterverband in die Wege zu leiten.
23. Zentralvorstand: § 2 Absatz 1 folgende Fassung: Mitglieder des Verbandes können alle in der Steinindustrie beschäftigten männlichen und weiblichen Personen werden, sofern sie die Bestimmungen des Verbandsstatuts anerkennen.
24. Zentralvorstand: Dem § 2 ist als Absatz 3 folgendes anzufügen: Die Zugehörigkeit zu zwei gewerkschaftlichen Organisationen berechtigt nicht zum Doppelbezug von Unterstützungen. Dem Mitglied steht es frei, diejenige Organisation zu wählen, von welcher es Unterstützung in Anspruch nehmen will. An doppelt organisierte, die den für ihren Haupt- und Nebenberuf zuständigen Gewerkschaften angehören, werden Rechtschutz und Unterstützungen bei Streiks und Maßnahmen nur von der Organisation gewährt, deren Interessen sie in dem fraglichen Falle vertreten.
25. Zentralvorstand: Bei dem § 3 Absatz 3 folgende Einleitung: Das Eintrittsgeld beträgt für männliche Personen 50 Pfg., für weibliche 25 Pfg. um.
26. Demitz-Thumitz, Kirchberg: In § 3 Abs. 3 ist zu streichen: „... und haben für das Buch 25 Pfg. zu zahlen.“
27. Eintracht: Die Mitgliedsbücher bleiben Eigentum des Verbandes.
28. Zentralvorstand: Dem Absatz 7 in § 3 ist folgender Zusatz zu geben: Die Wochenbeiträge kommen auf die neue Mitgliedschaft nicht in Anrechnung. Der Wiedereintritt ist ausdrücklich in der Interimsstatute bzw. Mitgliedsbuch zu vermerken.
29. Dresden-Pirna: Jede Beitragsermächtigung ist unbedingt abzulehnen; auch in Form einer niedrigen Beitragsklasse.
30. Schwarzenbach a. S.: Die Beitragszahlung wird so geregelt, daß nur 40 volle Beiträge im Jahr zu leisten sind, für die übrige Zeit sind Erwerbslosenmarken zu kleben.
31. Zentralvorstand: Abs. 1 folgende Fassung: Der wöchentliche Beitrag ist in 4 Klassen eingeteilt und zwar werden bezahlt (inkl. der Beiträge für Krankenzuschuß) bei einem Wochenverdienst bis 18 Mk. 30 Pfg., bis 21 Mk. 40 Pfg., bis 27 Mk. 50 Pfg., über 27 Mk. 60 Pfg.

Weibliche Mitglieder zahlen pro Woche 20 Pfg. Beitrag und kleben alle zwei Wochen eine 40-Pfg.-Marke.

Von dem Erlös der Beitragsmarke bleibt am Ort: bei 30 Pfg. = 4 Pfg., bei 40 Pfg. = 6 Pfg., bei 50 Pfg. = 8 Pfg., bei 60 Pfg. = 10 Pfg.

Am Ort können mehrere Beitragsklassen geführt werden, jedoch kommt für eine Berufsgruppe auch nur ein Beitragsfuß in Frage. Etwaige Differenzen über die Beitragshöhe regelt der Vorstand mit den Zahlstellen.

32. Nürnberg: Für die Hilfsarbeiter ist eine Beitragsklasse von 35 Pfg. einzuführen, die jetzt bestehenden Beitragsklassen bleiben.

33. Aunkirchen, Mittweida, Gaukonferenz des 9. Gaues, Gaukonferenz des 8. Gaues, Kappelrodt, Büchberg: Erwarten vom Verbandstag 1910, daß er durch Einführung niedriger Beitragsklassen die Möglichkeit gibt, die Hilfsarbeiter innerhalb der Steinindustrie zu gewinnen.

34. Demitz-Thumitz: Dem § 4 Abs. 1 ist folgende Fassung zu geben: „Der wöchentliche Beitrag ist in 5 Klassen eingeteilt, und zwar werden gezahlt (inklusive für Krankenzuschuß) bei einem Wochenverdienst bis 15 Mk. 30 Pfg., bis 18 Mk. 35 Pfg., bis 22 Mk. 40 Pfg., bis 26 Mk. 50 Pfg., über 26 Mk. 60 Pfg. Die Zahlstellen müssen mehrere Beitragsklassen einführen können.“

35. Gera: Folgende Beitragsätze: 1. Klasse 60 Pfg., 2. Klasse 55 Pfg., 3. Klasse 50 Pfg., 4. Klasse 45 Pfg., 5. Klasse 40 Pfg.

36. Bunsau: Im Absatz 1 ist zu streichen: Die Höhe der zu leistenden Beiträge wird vom Vorstand im Einverständnis mit den Zahlstellen festgesetzt.

37. Bayreuth: § 4 Absatz 1a soll heißen: Der volle Beitrag ist zu leisten, wenn 10 Mk. Arbeitsverdienst erzielt werden.

38. Gaukonferenz, 9. Gau: Zum Absatz 1, Zeile a) folgenden Zusatz: Sämtliche Mitglieder haben sich in den Zahlstellen anzumelden resp. ihre Beiträge zu bezahlen, wo sie in Arbeit stehen.

39. Zentralvorstand: Dem Absatz 2a ist folgende Fassung zu geben: Winderwerbsfähige Kollegen, die an Orten mit 30 oder 40 Pfg. Beitrag arbeiten und dauernd einen Verdienst von 9 Mk. nicht erreichen, oder in Orten mit 50 oder 60 Pfg. Beitrag beschäftigt sind und dauernd 12 Mk. wöchentlich nicht verdienen, sind vom Beitrag befreit, wenn sie dem Verbande bzw. der Steinarbeiterorganisation mindestens 10 Jahre als Mitglied angehört haben. Diese Mitglieder behalten ihre Rechte, sofern für die Unterstützung kranker Mitglieder pro Woche 10 Pfg. geleistet werden.

40. Zentralvorstand: Dem Absatz 3 folgende Fassung zu geben: Einzeljahre zahlen ihre Beiträge in die Hauptkasse, die Höhe der Beiträge ist ihrem Verdienst entsprechend nach Absatz 1, § 4.

41. Zentralvorstand: Der Absatz 5 im § 4 ist zu streichen.

Anträge zu § 5: Unterstützungen.

a) Streikunterstützung, Absatz 1, beantragt:

42. Zentralvorstand: Alle Streiks werden vom 4. Tage an unterstützt. Die Unterstützung beträgt pro Woche bei einem Beitrag von:

30 Pfg.	7.50 Mk.	für ein Kind unter 14 Jahren	0.75 Mk.
40	9.00	„	0.90
50	10.50	„	1.00
60	12.00	„	1.20

Weibliche Mitglieder erhalten pro Woche 6 Mk. und für jedes Kind unter 14 Jahren pro Woche 60 Pfg.

Mitglieder, die bei Ausbruch eines Streiks noch unter 6 Monaten organisiert sind, erhalten in allen Klassen pro Woche 3 Mk. weniger.

43. Kirchberg: Fällt ein Streikbeschluss in die Festwoche (Ostern, Pfingsten, Weihnachten), dann zählt der 2. Festtag mit zur Karenzzeit.

44. Dresden-Pirna: Die Streikunterstützung ist zu erhöhen.

45. Bremen: Beschließt der Verbandstag eine Beitragserhöhung, dann ist dementsprechend auch die Streikunterstützung zu erhöhen.

46. Hamburg I: Die Streikunterstützung ist von 12 Mk. auf 16 Mk. zu erhöhen, weil die jetzige Streikunterstützung für Großstadterhältnisse zu niedrig bemessen ist.

47. Demitz-Thumitz: Dem Absatz 1 von § 5 ist folgende Fassung zu geben: Alle Streiks werden vom 4. Tage an unterstützt. Die Unterstützung beträgt bei einem Wochenbeitrag von 30 Pfg. 7 Mk., bei 35 Pfg. 8 Mk., bei 40 Pfg. 9 Mk., bei 50 Pfg. 11 Mk. und bei 60 Pfg. 13 Mk. Für jedes Kind unter 14 Jahren in allen Klassen 1 Mk.

48. Raumburg, Rostock: In § 5, Absatz 1c, 2. Zeile ist zu setzen: „so erhält“ die Familie die Hälfte der Streikunterstützung usw.

b) Maßregelungsunterstützung, Absatz 2, beantragt:

49. Zentralvorstand: Dem Absatz 2 folgende Fassung zu geben: Maßregelungsunterstützung wird vom ersten Tage ab gewährt, wenn die Arbeitslosigkeit mindestens 3 Tage dauert und zwar bis zur Höchstdauer von 4 Wochen, in Höhe der Streikunterstützung.

50. Ströhlen: Die Maßregelungsunterstützung ist zu erhöhen.

51. Sternensfels, Colmar, Heidingsfeld, Sulzfeld, Döhlenburg, Strögen, Derdingen: Die Maßregelungsunterstützung ist von 4 auf 6 Wochen zu erhöhen; dasselbe

52. Demitz-Thumitz, jedoch mit der Erweiterung: Die Unterstützung ist in allen Klassen gleich und zwar wie die höchste Streikunterstützung;

eventuell folgende Fassung: In den Beitragsklassen 30 und 35 Pfg. 10 Mk. und von 40 bis 60 Pfg. 13 Mk. pro Woche.

53. Berlin, Nürnberg: Die Dauer der Maßregelungsunterstützung auf 8 Wochen zu erhöhen.

54. Berlin: Die Erläuterung soll künftig sein: „... Maßregelung liegt nur dann vor, wenn Kollegen wegen Eintretens für die Interessen der Arbeiterbewegung oder aus Folgen eines verloren gegangenen Streiks entlassen oder ausgesperrt werden usw.“

c) Reiseunterstützung, Absatz 4, beantragt:

55. Zentralvorstand: In § 5 Absatz 4 ist zu streichen: „... welche sofort nach beendeter Lehrzeit dem Verbande beitreten oder“

56. Zentralvorstand: Der Zeile a in Absatz 4 folgenden Zusatz zu geben: Ausgesteuerte Mitglieder haben, bevor sie im neuen Unterstützungsjahr eine neue Reisekarte erhalten, mindestens die Khebung von 26 vollen Wochenbeiträgen im vorhergehenden Jahre nachzuweisen.

Dafür ist in Zeile e der letzte Satz zu streichen. Zeile b soll heißen: Die Reisekarte wird jedes Jahr am 1. Januar erneuert usw.

57. Heidingsfeld: Zur Auszahlung der Reiseunterstützung soll jede Zahlstelle auf Grund der vorgelegten Reisekarte die Ermächtigung erhalten.

58. Jechenbach, Bremen: Die Reiseunterstützung so zu gestalten, daß für jeden zurückgelegten Tag der Unterstützungszug zur Auszahlung kommt.

59. Dresden-Pirna: Die Reiseunterstützung ist zu erhöhen.

60. Kiel: Die Reiseunterstützung zu verbessern, indem die Bezugsdauer verlängert und die Unterstützung pro Tag erhöht wird.

61. Hamburg I, Kirchheim, Jechenbach, Heidingsfeld, Rostock, Langensalza: Die Reiseunterstützung auf 1 Mk. pro Tag zu erhöhen und die Bezugsdauer auf 60 Tage auszudehnen.

62. Göttingen: Unsere Zahlstelle soll Auszahlungsort für Reiseunterstützung werden.

d) Krankenunterstützung, Absatz 5, beantragt:

63. Zentralvorstand: Bei Krankenunterstützung Zeile b folgenden Zusatz: Weibliche Mitglieder erhalten pro Tag 50 Pfg. in Krankheitsfällen. Bezugsdauer nach denselben Bestimmungen, wie für die männlichen Mitglieder. Höchstbezug für weibliche Mitglieder 18, 27 bzw. 36 Mk.

Dem Absatz 6 folgende Einleitung zu geben: Innerhalb eines Jahres wird die Unterstützung nur einmal gewährt. Das Unterstützungsjahr beginnt mit dem Erhebungstage der Unterstützung. Von diesem Tage wird stets 52 Wochen zurückgerechnet und darf nur dann Unterstützung ausbezahlt werden, wenn der Krankenzuschuß noch nicht voll erhoben ist. Ausgesteuerte Mitglieder usw.

Dem Absatz 7 folgenden Anhang zu geben: Nach dem Ausland wird kein Krankenzuschuß gezahlt.

64. Kirchheim, Kiel, Nürnberg, Chemnitz: Die Unterstützung ist besser auszubauen.

65. Kiel, Nürnberg: Indem die Karenzzeit verkürzt und die Unterstützungen erhöht werden;

66. Nürnberg: mit dementsprechender Beitragserhöhung für den Krankenzuschuß;

67. Chemnitz: Mit einer Beitragserhöhung von 10 Pfg. pro Woche.

68. Blankenburg: Der Beitrag für Krankenunterstützung ist von 10 auf 15 Pfg. zu erhöhen und die Gegenleistung dementsprechend anzupassen.

69. Rostock, Blankenburg, Derdingen, Kirchberg, Strögen, Gera, Ebersbach, Büchberg, Nürnberg, Mittweida, Demitz-Thumitz: Die Krankenunterstützung ist vom 4. Tage an zu gewähren.

70. Heidingsfeld: Dasselbe, jedoch mit der Erweiterung: Bei längerer wie 14tägiger Krankheit werden die ersten 3 Tage nachbezahlt.

71. Rütchenbach, Raumburg, Augsburg, Jechenbach, Gaukonferenz 8. Gau, Aunkirchen, Jena, Würzen, Sternensfels, Kirchheim, Oberdorf: Die Krankenunterstützung ist vom 3. Tage der Krankheit an zu berechnen.

72. Rostock: Die Krankenunterstützung pro Tag auf 1 Mk. zu erhöhen.

73. Gera: Den Unterstützungsbezug, auf Grund der Beitragserhöhung wie von Gera vorgeschlagen, wie folgt festzusetzen: bei 52 voll. Wochenbeitr. pro Tag 1 Mk. bis 9 Woch. = 54 Mk.

„ 104 „ „ „ „ 1 „ 12 „ = 72 „

„ 156 „ „ „ „ 1 „ 15 „ = 90 „

„ 208 „ „ „ „ 1 „ 18 „ = 108 „

74. Beucha: Unter Beibehaltung der jetzigen Karenzzeit: bei 52 voll. Wochenbeitr. pro Tag 0.75 Pfg. bis 6 Woch. = 27.— Mk.

„ 104 „ „ „ „ 1.10 „ „ 6 „ = 39.60 „

„ 156 „ „ „ „ 1.50 „ „ 6 „ = 54.— „

75. Rütchenbach, Sternensfels: Die Dauer der Unterstützung beträgt: bei 52 vollen Wochenbeiträgen bis 9 Wochen

bei 104 „ „ „ „ „ 12 „ „

„ 156 „ „ „ „ „ 15 „ „

76. Ströhlen: Bei den bisherigen Unterstützungsätzen im Krankheitsfall ist einzufügen Absatz b:

bei 208 wöchentl. voll. Beitragsleist. bis zu 15 Woch. = 67.50 Mk.

77. Gaukonferenz des 8. Gaues, Strögen (Kolmar), Meissen II: Die Karenzzeit von 8 Tagen ist nur einmal im Jahre anzuwenden, einerlei ob es sich um die gleiche oder andere Krankheitsursache handelt.

78. Colmar: Im § 5 Absatz 5c soll es nunmehr heißen: Ausgesteuerte Mitglieder haben erst nach 25 wöchiger Beitragsleistung (die Erwerbslosenmarke mit eingerechnet) wieder Anspruch auf Unterstützung.

79. Raumburg: Als neuer Absatz ist einzufügen: Mitglieder, die gegen die Bestimmungen der Krankenunterstützungen verstoßen, sind in Strafe zu nehmen; insofern nicht auf vollständige Entziehung der Unterstützung erkannt wird.

e) Sterbeunterstützung, Absatz 6, beantragt:

80. Rostock Die Sterbeunterstützung auf 50 Mk. zu erhöhen.

81. Hamburg I: Dem Absatz 6 im Schlußsatz folgende Fassung zu geben: „... Als bezugsberechtigt gelten die Frau, Kinder bzw. deren Vormund oder die Zahlstellen, die für die Beerdigung eines Mitgliedes selber aufgewendet haben.“

d) Rechtschutz, beantragt:

82. Erfurt: Der Rechtschutz vom Verband erstreckt sich auch auf die Entschädigung der Zeitverlängerung durch die Hauptkass; diesem entgegenstehende Bestimmungen im Leibfaden sind zu streichen.

83. Oberdorf: Der Absatz 7 im § 5 des Statuts ist zu streichen.

Zum 6. Punkt: Allgemeine Wahlen, a) Verbandsleitung, beantragt:

84. Bunsau: Der unbesoldete Verbandsvorstand (sogenannter Zentralauschuß) ist aufzuheben. Bei Ablehnung des Antrages folgenden:

Der Zentral- und Verbandsauschuß ist aus den nächstliegenden Gauen zu besetzen und nicht allein aus Dresden und Leipzig.

85. Beucha: In den Verbandsinstanzen (Verbandsauschuß und Zentralauschuß bzw. Beiführer des besoldeten Vorstandes) sind den Granitarbeitern entsprechende Vertretungen zu sichern. Für den sogenannten Zentralauschuß wird die Branchenvertretung wie folgt vorgeschlagen: 2 Sandstein-, 2 Granit- und 1 Marmorarbeiter.

86. Zentralvorstand: Absatz 3 im § 6 soll heißen: Die Amtsdauer des Vorstandes währt von Verbandstag zu Verbandstag. Bei Anstellung besoldeter Vorstandmitglieder sowie Gauleiter ist vierteljährliche schriftliche Kündigung festzusetzen. Scheidet ein Angestellter in der Zwischenzeit aus, so hat der Verbandsvorstand mit dem Verbandsauschuß die Stelle neu auszuschreiben. Bei Anstellungen sind die Branchen im Verband zu berücksichtigen.

87. Zentralvorstand: Als § 8 ist neu einzufügen:

b) Gauleitungen und Gaukonferenzen. Gaukonferenzen finden alle 2 Jahre, vor Tagung der Generalversammlung statt. Die Amtstätigkeit der besoldeten Gauleiter währt von Konferenz zu Konferenz. Die Wiederwahl ist Sache der Gaukonferenz; wird der Gauleiter nicht wiedergewählt, dann ist die Stelle vom Verbandsvorstand auszuschreiben und entscheidet über die Anstellung der Verbandsvorstand in Gemeinschaft mit dem Verbandsauschuß.

In dringenden Fällen muß auf Antrag der Hälfte der in Betracht kommenden Zahlstellen eine außerordentliche Gaukonferenz einberufen werden; dasselbe muß auch auf Antrag des Gauvorstandes und des Verbandsvorstandes geschehen.

Abrechnung der Hauptkasse vom 1. Januar bis 31. März 1910.

Einnahme.		Ausgabe.	
№	⊘	№	⊘
An Beiträgen	36145	Für Agitation	7292
Eintrittsgeld	381	Reiseunterstützung	2847
Erwerbslosenmarken	2726	Streikunterstützung	9609
Material (Futterale, Stempel usw.)	66	Gemahregeltenunterstützung	1390
Abonnements und Inzerate des „Steinarbeiter“	484	Rechtschutz	186
Extrakter (Reste von 1907)	7	Umzugskosten	145
Diverse Einnahmen (Zinsen usw.)	2478	Besondere Unterstützungen (Notfälle, Inhaftierte usw.)	121
		Krankenunterstützung	10200
		Sterbeunterstützung	570
		Gehalt (Verwaltung)	2875
		Bureauausgaben (Miete, Reinigung usw.)	593
		Druckkosten (Formulare usw.)	78
		Porto	300
		Revisionen und Vorstandsstützungen	380
		Verbandsorgan (Redaktion, Druck, Expedition usw.)	7635
		Beitrag an die Generalkommission	864
		Unterrichtskurse	834
		Konferenzen	363
		Diverse Ausgaben (Zeitungen, Unkosten-Konto, Versicherungsbeiträge usw.)	198
	42234		45990
	42		14

Bilanz.	
Einnahme	42234.42 M.
Ausgabe	45990.14 „
Defizit pro 1. Quartal 1910	3755.72 M.
Bestand am 1. Januar 1910	481266.01 „
Vermögensbestand der Hauptkasse am 1. April 1910	427510.29 M.

Leipzig, im April 1910.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Korrespondenzen

Demitz-Thumitz. (Zu der Erwerbslosenunterstützung.) Wird uns der nächste Verbandstag die Erwerbslosenunterstützung und mit ihr eine bedeutende Beitragserhöhung bringen? Diese Worte kann man jetzt oftmals in Kollegenkreisen hören. Durch die Vorlage des Zentralvorstandes aber ist deutlich erwiesen, daß an die Einführung der Erwerbslosenunterstützung nicht gedacht werden kann. Wer die Zustände in den rückständigen Bruchgebieten kennt, wo die Kollegen unter den denkbar traurigsten Verhältnissen ihr Dasein fristen, wird sich ohne weiteres sagen, daß bei einer derartigen Beitragserhöhung von einer Mitgliedererweiterung keine Rede mehr sein kann, im Gegenteil, sie würde eine ganz bedeutende Mitgliederflucht zur Folge haben. Auch die Gewinnung unserer Hilfsarbeiter, von deren Notwendigkeit wir doch alle überzeugt sind, wäre dann vollständig zunichte gemacht, da es doch ganz ausgeschlossen ist, diese mit ihren niedrigen Löhnen bei hohen Beiträgen für den Verband zu gewinnen. Nach der Vorlage des Vorstandes müßte unsere Zahlstelle, in der wir jetzt 50 Pfg. Beitrag haben, in Zukunft den 70-Pfg.-Beitrag leisten. Diese Beiträge sind aber für die hiesigen Kollegen unerträglich, was auch auf viele andere Bruchgebiete zurechtfindet. Den mehrverdienenden Kollegen, bei denen eine Beitragserhöhung leichter durchführbar ist, werden die hohen Beiträge schwer schmachhaft zu machen sein, wie ja auch Kollege Winkler in seinem Artikel auspricht. Mag auch die Erwerbslosenunterstützung für manche Kollegen eine Wohltat bedeuten, so halte ich dennoch die Krankenunterstützung, die sich sehr gut bewährt hat, für ein viel besseres und für die Agitation geeigneteres Mittel. Im übrigen wird es unsere Aufgabe sein müssen, in die noch rückständigen Bruchgebiete mehr als bisher einzudringen und die miserablen Löhne der dort beschäftigten Kollegen zu erhöhen. Damit wird unserm Verbande mehr gedient sein, als mit der Einführung der Erwerbslosenunterstützung. **S. Purtschke.**

Dürkheim. Am 11. März tagte hier eine gutbesuchte Mitgliederversammlung, in der Gauleiter Sarfert anwesend war. Der Hauptpunkt drehte sich um die Kündigung unseres Vertrages. Der Vorstand verlas ein Schreiben, welches uns von seiten der Unternehmer zugesandt wurde. Aus dem Inhalt desselben ist zu entnehmen, daß sie sich weigern, die Kündigung anzunehmen, indem sie sich darauf stützen, die Neustädter Kollegen hätten den Vertrag nicht mitgekündigt. Der Sachverhalt ist folgender. Der bestehende Vertrag wurde von den Dürkheimer Kollegen abgeschlossen, die Zahlstelle Neustadt ist aber auf ein Minimum gesunken. Die noch vorhandenen Mitglieder sind jedoch mit der Kündigung einverstanden. Unsere neuen Forderungen bestehen in der Abänderung der Paragraphen 2 und 8, welche so minimal sind, daß sie dem Unternehmertum keine Veranlassung geben könnten, sich auf diesen Prozenstandpunkt zu stellen. Von einer Lohnforderung wurde Abstand genommen wegen der bestehenden Krise. Der Bericht von der Gaukonferenz wurde wegen vorgeschrittener Zeit zurückgestellt.

Schershausen. Am 19. März tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung, in welcher Kollege Schomburg den Bericht der Gaukonferenz erstattete. Zum 2. Punkt wurden die Vorstandswahlen vorgenommen. Gewählt wurden als Vorsitzender August Samsen, als Kassierer Ludwig Müller, als Schriftführer Hermann Müller, als Revisoren Heinrich Käse, Wilhelm Schinkel und August Schomburg. Zum dritten Punkt wurde der Tarif beraten und mit einigen kleinen Änderungen angenommen. Weiter wurde beschlossen, den alten Tarif, welcher am 30. Juni nach einer zweimal zweijährigen Dauer abläuft, ohne den Kollegen eine Besserung gebracht zu haben, tarifgemäß am 1. April zu kündigen, und sobald es möglich ist, den neuen Tarif einzureichen. Wir müssen hier alles aufbieten, um die miserablen Löhne etwas besser gestalten zu können. Die wirtschaftliche Lage der hiesigen Arbeiter ist beinahe unerträglich. Leider sind die Kollegen teilweise noch nicht recht von der Notwendigkeit des Verbandes überzeugt. Aber es muß unsere Aufgabe sein, die Leute mit aller Energie zum Kampfe zu erziehen.

Offen. Zwecks Erneuerung des neuen Tarifvertrages haben zwischen den in Betracht kommenden Parteien schon zwei Sitzungen stattgefunden. In der Sitzung vom 10. März wurde den Unternehmern unsere Forderung unterbreitet. Der Abschaffung der Akkordarbeit und der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit setzten sie großen Widerstand entgegen. Die am 15. März stattgefundene Mitgliederversammlung hatte sich nun mit dieser Angelegenheit zu befassen. Die Versammlung war gut besucht, und es waren weiter anwesend unter Gauleiter Herrmann und Kollege Walther vom Zentralvorstand. Der Obmann der Kommission, Kollege Peter Spinnrath, gab in längerer Ausführungen den Bericht der letzten stattgefundenen Sitzung. Die Disziplin leitete Gauleiter Herrmann ein. Er war der Meinung, damit die Sache mit der Lohnbewegung besser von statten ginge, die Lohnkommission zu beauftragen, energischer vorzugehen.

Maschwitz. Eingangs der ersten Verhandlung fragten die Unternehmer, ob wir unabhängig mit den großen Bauarbeiterorganisationen mit ihnen einen Tarif abschließen könnten, da sonst die Verhandlungen keinen Zweck hätten. Auf die Befragung unsererseits erklärten sie, ein lebhaftes Interesse daran zu haben, in Frieden weiter zu schaffen. Jedoch scheint es, daß ihnen der Arbeitgeberbund nun ein anderes Licht aufgesteckt hat. Das mag bitter sein für manchen kleinen Unternehmer. Die Essener Steinarbeiter werden der Entwicklung der Sache mit Ruhe entgegensehen.

Hemsbach. In Nr. 12 des „Steinarbeiters“ finden wir die Berufszählung der in der Steinindustrie in Hessen beschäftigten

Personen. Die Mehrzahl der Steinarbeiter erstreckt sich auf die Provinz Starkenburg. Hier kommt der sehr granitreiche Odenwald in Betracht. Die Zahlstellen, die wir in diesem Bereiche finden, sind ziemlich gut fundamentiert. Betrachten wir uns aber die Zahl der Beschäftigten, so ist die Zahl unserer Verbandsmitglieder demgegenüber doch noch sehr gering. Es ist vollständig falsch, wenn Berufskollegen hier zum Ausdruck bringen, bei uns ist ziemlich alles organisiert; es wird nicht mehr viel zu holen sein. Diese Zahlen der Berufszählung beweisen deutlich, daß noch ein ganz gewaltiges Agitationsfeld vorhanden ist. Aber auch an der Bergstraße gibt es noch eine Masse uns fernstehender Berufskollegen. So finden wir in Weinheim ein großes Porzellanwerk, wo nahezu 300 Personen beschäftigt sind. Von neuem müssen wir wieder versuchen, uns dort unbedingt Eingang zu verschaffen. In Dossenheim wurde im Vorjahre eine Zahlstelle gegründet; aber der Mitgliederstand ist noch sehr niedrig. Auch in Schriesheim sind noch Hunderte von organisationsfähigen Steinarbeitern vorhanden. Desgleichen gibt es im Neckarsandsteingebiet noch viel zu tun, wenn wir die dort Beschäftigten für unsere Idee gewinnen wollen. Auch einen Blick auf die Rheinpfalz wollen wir uns nicht entgehen lassen. Vor mehreren Jahren hatte dort unser Verband eine ziemlich starke Mitgliederzahl aufzuweisen. Alle diese angeführten Distrikte gehören in den Bereich des 8. Gaues. Mit aller Kraft muß hier wieder eingeseht werden, damit sich der 8. Gau auch wieder von seiner Schlappe erholt, die er erlitten hat. Wollen wir dies zustande bringen, so dürfen wir aber nicht mit dem Gedanken des Kollegen Arnold (der selbst in der Gauleitung sitzt) kommen und die Arbeitslosenunterstützung propagieren. Mit wöchentlichen Beiträgen von 60 bis 65 und 70 Pfg. wird es ein Ding der Unmöglichkeit sein, neue Mitglieder im Gau zu gewinnen, daran würde die glänzendste Werksamkeit nichts ändern. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, wie sie Arnold vorschlägt, würde nur zur Folge haben, daß die Mitgliederflucht noch kein Ende hätte. Im ganzen Granitbezirk des Odenwalds ist keine einzige Stimme für den Arnoldischen Vorschlag zu finden. **Friedrich Weidenhammer.**

Halberstadt. Am 1. Februar wurde von unserer Seite der Tarif gekündigt und den Unternehmern die Forderungen gestellt. Dieselben betragen: 1. Erhöhung des Stundenlohnes von 55 Pfg. auf 60 Pfg.; 2. 30 Proz. Zuschlag auf Langselheimer (Schneebergischen) Stein; 3. 10 Proz. Zuschlag auf Halberstädter Stein; 4. Sonntags- und Nacharbeit 50 Proz. Zuschlag; 5. Ueberlandarbeit auslösung von 1.50 M. auf 2 M. Am 19. März fanden mündliche Verhandlungen statt, und es ergab sich folgendes Resultat: 1. die Erhöhung des Stundenlohnes wurde von den Unternehmern rundweg abgelehnt mit der Motivierung, daß die Löhne hier seit 25 Jahren um 100 Proz. gestiegen wären, und es den Herren Unternehmern unmöglich wäre, noch konkurrieren zu können. 2. Auf harten Langselheimer Stein wurde ein Zuschlag zugestanden, dagegen wurde auf Halberstädter Stein ein solcher nicht gewährt. Den Punkten 4 und 5 wurde jedoch nach längeren Debatten zugestimmt. Da die Geschäftskontur noch zu wünschen übrig läßt, fordern wir die Kollegen auf, Halberstadt bis auf weiteres zu meiden.

Ipshofen. Am 26. März fand hier eine Versammlung statt, welche sehr gut besucht war. Beim ersten Punkt kam ein sehr trauriger Fall zur Debatte, welcher stark kritisiert wurde. Die hiesigen Kollegen hatten sich im vorigen Jahre organisiert und eine Zahlstelle gegründet, um die Verhältnisse etwas zu verbessern. Sämtliche Kollegen sind hier beigetreten, bloß fünf ließen sich trotz aller Agitation nicht dazu bewegen. Einige sagten, für 2 M. kann man arbeiten, andre, wir tun euch nicht weh, wenn ihr einmal in Lohnindifferenzen kommt. Aber das hat sich heute schon gerächt. Vor einigen Wochen legten sämtliche Kollegen wegen zu schlechter Entlohnung bei der Firma Pius Arnold auf eigne Faust die Arbeit nieder. Es wurden nun bei der Firma B. Arnold sämtliche organisierten Kollegen entlassen und die fünf Unorganisierten wurden der Firma Pius Arnold zugewiesen, was auch die traurigen Hausknechte machten. Nach Beschluß der Versammlung wollen wir die Namen dieser Heiden veröffentlichen: Jakob Mauderer, Adam Mauderer, Michael Boveri, Georg Brünner und Georg Buchart. Dann führte uns unser Vorsitzender in vortrefflicher Weise vor Augen, daß wir uns von seiten der Poliere nicht bedrängen lassen sollen, da der ganze Plan darauf gerichtet ist, unsere Zahlstelle zu vernichten. Das ist bewiesen, weil Polier Schill zu einigen Kollegen gesagt hat, daß, wenn sie aus dem Verband austreten, sie bei ihm arbeiten könnten. Aber in Ipshofen werden die Herren Poliere dieses nicht durchsetzen können. Unsere Kollegen halten den Deutschen Steinarbeiterverband mit unerschütterlicher Treue hoch, denn wir müssen uns den übrigen deutschen Berufskollegen anschließen. Mögen nur unsere Kollegen am Orte einig sein, dann kommen wir auch vorwärts.

Mürzburg. Am 19. März fand im Gasthaus zum Döhen unsere Monatsversammlung statt. Genosse Engelhard schilderte in großen Zügen die Tarifvorlage der Unternehmer des Baugewerbes. Aus diesem Vortrag mögen die hiesigen Kollegen ersehen, wie brutal die Unternehmer gegen die Arbeiterchaft vorgehen. Die Kollegen mögen daraus lernen, daß auch uns die Unternehmer nicht wohlwollen gegenüberstehen. Jeder möge ein Agitator sein, seinen Nebenkollegen auffordern, in den Verband einzutreten und jede Versammlung zu besuchen. Als Vertreter zur Beratung der Unfallverhütungsvorschriften wurden die Kollegen Medel und Molter gewählt. Im Punkt Verschleßenes forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, die Versammlungen besser und pünktlicher zu besuchen.

Zur Vertretung auf den Gaukonferenzen ist jede Zahlstelle verpflichtet; die daraus entstehenden Unkosten sind aus der Lokalkasse zu decken.

Sogenannte Gaubeiträge, die in die Gaukasse fließen, können nur dann erhoben werden, wenn am Ort über den statutarischen Beitrag, Lokalschlag in Frage kommt, von dem der Gaubeitrag abgetrennt wird.

88. Zentralvorstand: Der jetzige § 8 heißt nunmehr § 9 und § 9 ist § 10.

c) **Verbandstag, beantragt:**

89. **Kostod:** Die Einteilung ist so zu regeln, daß auf 300 Mitglieder ein Delegierter kommt.

90. **Leipzig:** Die Einteilung der Wahlkreise bleibt den Gauen überlassen und ist so vorzunehmen, daß auf 300 Mitglieder ein Delegierter kommt.

Zum 7. Punkt: Anträge, die durch die Tagesordnung nicht erledigt sind bzw. werden, beantragt:

91. **Heidingsfeld:** Das Adressenverzeichnis ist jährlich zweimal in Buchform herauszugeben, mit der Aufzeichnung, wo die Reiseunterstützung zur Auszahlung gelangt und wo die Herberge sich befindet.

92. **Gaukonferenz, 10. Gau:** Jeder Zahlstelle, soweit es notwendig, hat der Zentralvorstand, einen verschließbaren Blechkasten zur Verfügung zu stellen. In diesem Blechkasten sollen nicht nur die Gelder, Belege usw., sondern auch die Bücher zur Kasienführung Aufnahme finden können. Diese Kästen sind bei Neu-Gründung, den Zahlstellen mit zu überweisen und werden zum Selbstkostenpreis berechnet.

93. **Langensalza:** Die besoldeten Gauleiter sind nach Möglichkeit abzuschaffen.

94. **Dresden-Pirna:** Die Gauen sind zu vergrößern und die Gauleiter nicht mit so viel Kleinarbeit zu beschäftigen.

95. **Sulzfeld, Colmar, Strahburg, Dörsingen, Nürnberg, Gaukonferenz, 9. Gau:** ... hält die Anstellung einer weiteren besoldeten Kraft für den 9. Gau unbedingt als erforderlich. Die geographische Ausdehnung des Gaues über drei große Bundesstaaten mit ausgebreiteter Steinindustrie schließt es aus, daß die nötige Bearbeitung des Gaues von einem Beamten bewältigt werden kann.

96. **Kappelrodt:** Für die Granitbranche des Schwarzwaldes einen besoldeten Bezirksleiter aus der Granitbranche anzustellen.

97. **Strehlen:** Nach Schlesien ist ein besoldeter Gauleiter zu verlegen.

98. **Gaukonferenz, 2. Gau:** Einen besoldeten Gauleiter für den 2. Gau anzustellen.

99. **Nürnberg:** Der Sitz der Gauleitungen Würzburg und Regensburg ist nach Nürnberg zu verlegen.

100. **Kappelrodt, Gaukonferenz, 9. Gau,** empfiehlt dem Zentralvorstand, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen betreffs Anstellung eines italienischen Agitatoren für das Baugewerbe.

101. **Bede:** Der Zentralvorstand hat Schritte einzuleiten, damit die Bundesratsverordnung auch auf die Pflastersteinhauer in den Grauwackesteinbrüchen in Geltung kommt.

102. **Gaukonferenz, 10. Gau:** Der Verbandstag gibt dem Zentralvorstand den Auftrag: In allen Gauen eine eingehende Erhebung zu veranstalten über die Durchführung der Bundesratsverordnung. Die krassesten Zustände in den Betrieben der Steinindustrie sind photographisch festzustellen. Das so gesammelte Material nebst den bildlichen Darstellungen ist in Form einer Denkschrift den gesetzgebenden Körperschaften im Reich und Bundesstaaten, sowie den Gewerkschaften zur Verfügung zu stellen. Dieser Denkschrift ist die dringende Forderung auf bessere Durchführung, sowie Ausdehnung der Verordnung auf die gesamte Steinindustrie anzuschließen.

103. **Nürnberg, Gaukonferenz, 11. Gau:** Der Verbandstag beauftragt den Zentralvorstand, unverzüglich mit den Verbänden in Verbindung zu treten, die Steinarbeiter als Mitglieder aufnehmen beziehungsweise aufgenommen haben, damit diese in ihre zuständige Berufsorganisation übertreten. (Siehe Resolution des Gewerkschaftsverbandes.)

104. **Leipzig:** Die besoldeten Verbandsangestellten haben ihre Beiträge zu allen Unterstützungsanstalten selber zu tragen.

105. **Obernörlin:** Die Berichterstattung vom Verbandstag fällt weg; dafür wird das Verhandlungsprotokoll sofort gedruckt und den Zahlstellen zugestellt.

106. **Gaukonferenz, 8. Gau:** Der Zentralvorstand wird beauftragt, folgende Werke in Broschürenform herauszugeben und zwar an die Mitglieder zum Selbstkostenpreis:

a) Ueber die Koalition der Unternehmer in der Steinindustrie, ihre Verbindung mit den übrigen Unternehmerverbänden, Streikversicherungsfrage und über ihre Kampfeskraft gegen den Steinarbeiterverband.

b) Ein gesammeltes Material der gegnerischen Arbeiterorganisationen, unter besonderer Berücksichtigung der christlichen Bau-, Transport- und Steinarbeiterorganisationen; ihre Agitations- und Kampfmethoden.

107. **Demitz-Thumitz:** Der Verbandstag wolle beschließen: Dem Lokalbeamten in Demitz-Thumitz eine jährliche Gehaltszulage von 50 M. aus der Zentralkasse bis zur Höhe von 1550 M. zu gewähren.

108. **Berlin:** Die Kosten der Matrausperrung 1908 sind laut § 5, Absatz 2 des Statuts zurückzuerstatten. In Betracht kommen 883 Tage à 2 M. und 253 Kinder à 1 M. Summa 2019 M.

109. **Sulzfeld, Gaukonferenz, 9. Gau:** Die abgelehnte Maßregelungsunterstützung der Kollegen Krüger, Meergraf und Bolleter aus Sulzfeld zu bewilligen.

110. **Marktzeuthen:** Das alte Konto, welches durch die Geschäftsführung des früheren Vorsitzenden Karl Puruder entstanden, für die Zahlstelle zu streichen und nur den Urheber dafür verantwortlich zu machen.

111. **Rönigsbrück:** Die Summe von 262 M., die der frühere Kassierer Linke im Dezember 1909 unterschlagen, aus dem Konto der Zahlstelle zu streichen, da diese nicht in der Lage, die Summe zu decken.

112. **Kappelrodt:** Die Schuld der früheren Zahlstelle Ottenhöfen sowie von Kappelrodt ist aus deren Konto zu streichen.

113. **Schmalthalben:** Der Verbandstag wolle veranlassen, daß aus dem Konto der Zahlstelle 93.85 M. (für 167 B.-M. I. Kl., 2 E.-M., 10 K.-M.) gestrichen werden.

114. **Reiten:** Der Verbandstag wolle veranlassen, daß die ausgegebene Maßregelungsunterstützung für die Kollegen bei der Firma Steininger der Zahlstelle zurückerstattet wird.

115. **Reihen I:** Der Verbandstag möge 389.16 M. Streikschulden von dem Konto der Zahlstelle streichen.

116. **Franfurt a. M.:** Daß die abgelehnten Kosten des Abwehrstreiks bei der Firma Arnold in Höhe von 116 M. zurückerstattet werden.

117. **Reh:** Zu streichen sind im Konto der Zahlstelle 167.20 M.

118. **St. Johann:** Die Zentralkasse soll vom Konto der Zahlstelle 48.30 M. streichen.

119. **Niederlamitz:** Der Verbandstag möge veranlassen, daß 457 Beitragsmarken 2. Klasse, die von einem Platzkassierer unterschlagen sind, im Hauptkonto gestrichen werden.

120. **Bamberg:** Die Schulden bei der Hauptkasse, verursacht durch den früheren Kassierer Krügel und Vorsitzenden Rist, sollen gestrichen werden.

Literarisches.

Die Kunst der Rede von Manfred Wittich. 3. verbesserte und ergänzte Auflage. Verlag von Richard Lepinski, Leipzig. (Preis brosch. 1 M., geb. 1.50 M.) Das Büchlein ist sehr lesenswert. Wittich war selbst ein glänzender Redner, und das gestellte Thema ist meisterhaft behandelt. Diejenigen Kollegen, welche als Referenten zu fungieren haben, müssen dieses in seinem Stil so klar gefasste Buch lesen. Auch den Versammlungsleitern wird es sehr gute Dienste leisten.